WELTERNÄHRUNG

WWW.WELTHUNGERHILFE.DE | DIE ZEITUNG DER WELTHUNGERHILFE | 4. QUARTAL 2017 | 46. JAHRGANG

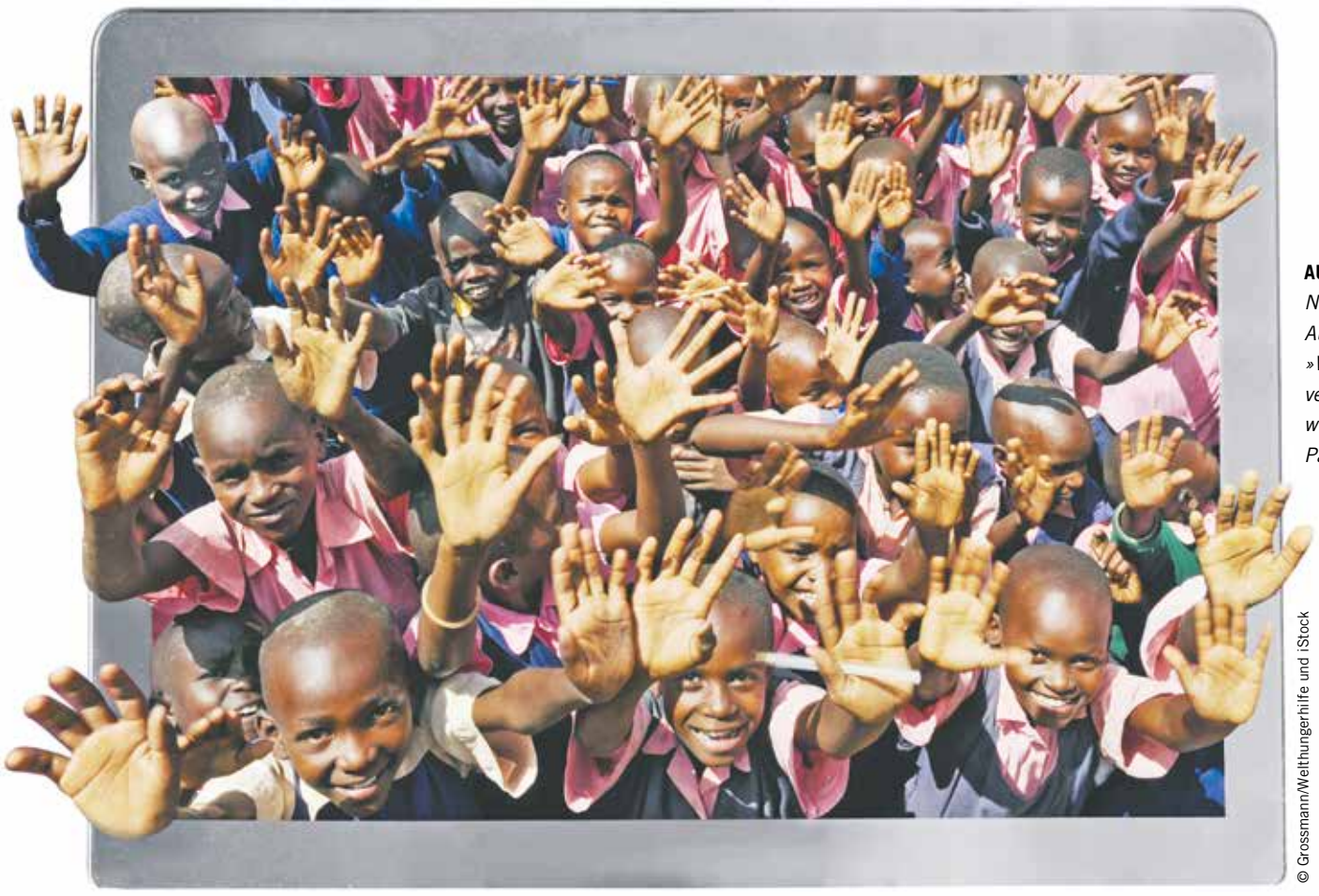
welt hunger hilfe

NABELSCHNUR ZUR HEIMAT
Welche Rolle spielen die Rücküberweisungen der Migranten in Mali und weltweit?
SEITE 3

DIE LAGE DER ROHINGYA
Eine der größten Flüchtlingstragödien findet derzeit in Bangladesch statt.
SEITE 7

KLIMA UND HUNGER
Was getan werden kann, um die Folgen des Klimawandels abzufedern, der arme Menschen besonders trifft.
SEITE 9–13

© Gebremedhin/Welthungerhilfe



© Grossmann/Welthungerhilfe und iStock

AUF WIEDERSEHEN!: *Nach knapp 200 Ausgaben der »Welternährung« verabschieden wir uns von der Papierform.*

Eine Ära geht zu Ende

Kritische Debatten und spannende Analysen zur Entwicklungszusammenarbeit gibt es künftig digital

Die »Welternährung« verabschiedet sich mit dieser Ausgabe nach 48 Jahren von ihren Leserinnen und Lesern. Fundierte und interessante Berichte über die wichtigen Themen der Entwicklungszusammenarbeit wird die Welthungerhilfe aber selbstverständlich weiterhin anbieten.

Liebe Leserinnen und Leser,
Sie halten heute die letzte gedruckte Ausgabe der Zeitung »Welternährung« in den Händen. Damit geht auch eine Ära in der Geschichte der Welthungerhilfe zu Ende. Die erste Ausgabe 1969 wurde noch auf einer Schreibmaschine geschrieben, dann geheftet, und es gab nur wenige farbige Elemente wie die grüne Ähre. Im Laufe der Jahre wurde daraus eine moderne Zeitung im Berliner Format mit Grafiken und farbigen Bildern. Die Artikel konzentrierten sich auf unsere Kernthemen wie ländliche Entwicklung, die Situation der Kleinbauern weltweit sowie die strukturellen Gründe für Hunger und Armut. Daneben stand der entwicklungspolitische Diskurs von Beginn an im Mittelpunkt. In den vielen Dossiers wurden Themen wie Klimawandel, Landraub oder Nahrungsmittelspekulationen breit dargestellt.

Durch die konsequente Einbindung von Autoren aus Afrika, Asien oder Lateinamerika fehlte niemals der wichtige Austausch zwischen Nord und Süd. Und wer nur wissen wollte, welche Projekte die Welthungerhilfe gerade fördert, fand auch dazu Informationen.

Auf den Seiten 14 und 15 finden Sie einen Rückblick zu einer der ältesten Publikationen unserer Organisation mit kleinen Besonderheiten und Schwerpunkten aus den letzten 48 Jahren.

Wir haben uns die Entscheidung, die »Welternährung« in dieser Form einzustellen, nicht leicht gemacht. Aber wir haben uns entschieden, unsere Ressourcen zu bündeln und die wenigen finanziellen Mittel, die wir für politische Bildungs- und Bewusstseinsarbeit bekommen, noch gezielter einzusetzen. Dazu gehört auch, von lieb gewonnenen Projekten Abschied zu nehmen.

Zu allen Zeiten hatten wir engagierte Mitarbeiter in der Redaktion, denen es gelungen ist, unsere Themen spannend aufzugreifen. Wir hatten ausgezeichnete Autoren, die unsere Arbeit kritisch begleitet und neue Wege in der Entwicklungszusammenarbeit aufgezeigt haben. Wir hatten mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft einen verlässlichen Finanzier, der große Teile der Produktionskosten übernommen hat. Und wir hatten mit Ihnen treue und verlässliche Leser, die uns in vielen Briefen und Mails viel Lob, aber auch kritische Anmerkungen haben zukommen lassen. Trotzdem wollen wir versuchen, neue Wege zu gehen. Wir planen eine Onlinepublikation, die auch künftig eine fundierte und interessante Berichterstattung über die wichtigen Themen der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe anbietet. Dabei möchten wir auch weiterhin den kritischen Blick behalten. Gleichzeitig möchten wir noch stärker als bisher Debatten anstoßen und aktuelle Entwicklungen aufgreifen. Dafür bietet das Onlineformat gute Möglichkeiten. Zugleich ist es erheblich kostengünstiger als ein gedrucktes Produkt.

Uns ist durchaus bewusst, dass wir damit nicht alle unsere bisherigen Leser überzeugen können. Viele bevorzugen das gute alte Papier zum Lesen. In der täglichen Arbeit in unseren Projektländern lernen wir, dass Veränderungen und Umbrüche ein Teil von Entwicklung sind. Moderne Kommunikationsarten wie Apps oder neue Verteilungsmethoden wie etwa Cash-Cards gehören in diversen Projekten bereits zum Alltag. Wir hoffen sehr, dass Sie uns auf dem neuen Weg begleiten und uns und unserer Arbeit treu bleiben.

Dr. Till Wahnbaeck, Vorstandsvorsitzender der Welthungerhilfe

Online informiert bleiben

Wenn Sie in Zukunft digital über unsere Themen informiert werden möchten, registrieren Sie Ihre E-Mail-Adresse auf **www.welthungerhilfe.de/welternaehrung** oder senden Sie uns Ihre Mailadresse an: **welternaehrung@welthungerhilfe.de**

WELTHUNGERHILFE TRAUERT

Mehr als 100 000 Trauernde erweisen Bruder James Kimpton die letzte Ehre

ANBU ILLAM | In Indien ist der Gründer der Hilfsorganisation Reaching the Unreached (RTU), Bruder James Kimpton, nach kurzer Krankheit im Alter von 92 Jahren gestorben. Der langjährige Partner der Welthungerhilfe hatte sich jahrzehntelang für benachteiligte Kinder und Familien in den Dörfern in Südindien und Sri Lanka eingesetzt. Er gründete RTU zusammen mit Freunden 1978 in Tamil Nadu. Die Nachricht von seinem Tod verbreitete sich rasch in der Region, und die Trauer war groß: In den zwei Tagen vor seiner Beerdigung lag er in einem gläsernen Sarg, Kerzen brannten. Aus Respekt vor der Lebensleistung des Toten schlossen die lokalen Geschäfte für zwei Tage. Mehr als 100 000 Bewohner der Region kamen zusammen, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Darunter viele ehemalige Waisenkinder, die in den von Bruder Kimpton geschaffenen Kinderdörfern aufgewachsen waren, eine Ausbildung erhalten hatten und jetzt in ganz Indien ihren Berufen nachgehen. Der gebürtige Waliser Bruder Kimpton wurde auf einem kleinen Friedhof in Anbu Illam begraben, dem ersten Kinderdorf, das er gegründet hatte. Er hatte sein Leben, wie es hieß, den Waisen und benachteiligten Kindern gewidmet und galt als »Mutter Teresa Südindiens«. An der Beerdigung nahmen mehr als 6000 Trauergäste teil, darunter Würdenträger verschiedener Religionen, Regierungsvertreter, Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und viele Menschen, denen Bruder Kimpton während seines Lebens geholfen hatte. Er hinterlässt mit RTU eine Organisation, die sich weiter um Waisenkinder und benachteiligte Menschen, vor allem in Südindien, kümmert und ihnen eine Schul- und Berufsausbildung ermöglicht. RTU wird heute von Indern geführt, die zum Teil selbst in den Kinderdörfern aufgewachsen sind und lange mit Bruder Kimpton zusammengearbeitet haben. Sie werden ihn vermissen. *ruf*

Die »Welternährung« wünscht allen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

welt hunger hilfe

Sparkasse KölnBonn
IBAN DE15370501980000001115
BIC COLSDE33

ONLINE SPENDEN:
www.welthungerhilfe.de/online-spenden

KURZ NOTIERT

Übergewicht seit 1975 weltweit verdreifacht

GENF | Laut der Weltgesundheitsorganisation hat sich das weltweite Übergewicht seit 1975 nahezu verdreifacht. 2016 waren mehr als 1,9 Milliarden Erwachsene übergewichtig, und 650 Millionen wurden als krankhaft übergewichtig, adipös, eingestuft. Gleichzeitig waren 380 Millionen Kinder übergewichtig oder adipös. Ein Großteil der Menschen lebt in Ländern, in denen mehr Menschen an Übergewicht sterben als an Untergewicht. Zudem steigen die Orte, an denen sowohl Mangelernährung als auch Übergewicht zu finden ist. Der Grund für das steigende Übergewicht ist der vermehrte Konsum von Lebensmitteln mit einem hohen Anteil an Fett und eine zunehmende physische Inaktivität der Menschen. *lsc*

Hohe Kindersterblichkeit im südlichen Afrika

NEW YORK | Die weltweite Kindersterblichkeit ist laut Unicef von 12,6 Millionen Kindern im Jahr 1990 auf 5,6 Millionen Kinder im Jahr 2016 gesunken. Grund dafür sind mehr Impfungen, bessere Gesundheitsversorgung und bessere Hygiene, doch die Versorgung rund um die Geburt hat sich noch nicht ausreichend verbessert. Deshalb bleibt der erste Monat im Leben eines Kindes der gefährlichste. Rund 2,6 Millionen Neugeborene haben 2016 die ersten 28 Tage ihres Lebens nicht überlebt. Die schlechtesten Überlebenschancen bestehen im südlichen Afrika und Südasien.
www.tinyurl.com/unicef-kindersterblichkeit *lsc*

Frauen immer noch benachteiligt

HANNOVER | Weltweit bestehen immer noch gravierende Ungleichheiten und Beeinträchtigungen für viele Frauen. Dies zeigt der diesjährige Weltbevölkerungsbericht der Deutsche Stiftung Weltbevölkerung. In Entwicklungsländern ist die Geburtenrate der ärmeren Frauen dreimal so hoch wie die der reicheren Frauen. Die Gründe: Mangel an Aufklärung, fehlende Verhütungsmöglichkeiten und soziale Stellung. So verdienen Frauen durchschnittlich nur 77 Prozent von dem, was Männer verdienen. Zwei Drittel der Analphabeten sind Frauen.
www.dsw.org/weltbevoelkerungsbericht-2017 *lsc*

Verschwendung

ROM | Jährlich werden rund 1,3 Milliarden Tonnen Lebensmittel verschwendet. Während in Europa und Nordamerika rund 95 bis 115 Kilogramm Nahrungsmittel pro Kopf weggeworfen werden, sind es in Südasien, Südostasien und Subsahara-Afrika sechs bis elf Kilogramm. Ein Viertel der verschwendeten Lebensmittel wäre genug, um 815 Millionen hungernde Menschen zu ernähren.
www.fao.org *lsc*

VERLOSUNG

Rätsel gelöst

Im Rätsel der »Welternährung 3/2017« wurden drei Indikatoren des Welthunger-Indexes, vier Mikronährstoffe und zwei Auswirkungen von verborgenen Hunger gesucht: Unterernährung, Untergewicht, Kindersterblichkeit, Vitamine, Zink, Jod, Eisen, Anämie und Nachtblindheit. Das richtige Lösungswort lautet: Welthungerindex. Als Gewinner der CD »Märchenwelten« wurden ausgelost: Gisa Kreysing (Norden), Hanna Schnoor (Bosau) und Hannelore Sterzer (Apfeltrach). *pas*

Worten Taten folgen lassen

Eine neue Bundesregierung muss Weichen stellen und das 0,7-Prozent-Ziel weiter einhalten

Die Welthungerhilfe hat mit Terre des Hommes den »Kompass 2030«, den Bericht zur »Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik« vorgelegt, in dem sie deutliche Ziele formulieren, um Armut, Hunger und Klimawandel weltweit zu bekämpfen.

Von Richard Haep

Kriege und Konflikte, aber auch der Klimawandel und zunehmende materielle Ungleichheit drohen das zunichtezumachen, was sich die Weltgemeinschaft mit der Agenda 2030 vorgenommen hat. Darin setzen sich die Staats- und Regierungschefs 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals), darunter das Ende von Armut und Hunger, friedliche Gesellschaften, Klimaschutz und den Erhalt der Ökosysteme. Was kann und muss die deutsche Entwicklungspolitik dazu beitragen, um trotz der gegenwärtigen Widrigkeiten diese weltweiten Ziele zu erreichen?

Dieser und anderen Fragen geht der gerade erschienene »Kompass 2030« von Terre des Hommes und der Welthungerhilfe nach, der »Bericht zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik«. Darin schlagen die beiden Entwicklungsorganisationen einer neuen Bundesregierung politische Weichenstellungen vor, die notwendig sind, um eine nachhaltige Entwicklung weltweit zu ermöglichen.

Die erste Empfehlung steht schon auf dem Titel: »›Walk the Talk!‹ Wir erwarten mehr als nur Ankündigungen und Versprechungen unserer Regierungen. Wir brauchten Taten!«

Die zweite Empfehlung lautet, auch künftig 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden. Dieses Ziel hat sich die internationale Gemeinschaft seit mehr als 40 Jahren vorgenommen. 2016 hat es Deutschland das erste Mal erreicht – aber nur, weil die Kosten für Flüchtlinge im Inland einberechnet wurden. Sie machten vergangenes Jahr ein Viertel (!) der staatlichen deutschen Entwicklungsleistungen aus. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das eigentlich für Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist, verantwortete weniger als 40 Prozent der deutschen Entwicklungshilfeleistungen. Das 0,7-Prozent-Ziel muss aber auch ohne die Aufwendungen für Flüchtlinge im Inland erreicht und gehalten werden.

Die dritte Empfehlung lautet, dass sich Entwicklungszusammenarbeit zwar mit vielen Ressorts abstimmen muss, aber dabei nicht am Katzentisch sitzen darf. Sie muss unabhängig bleiben und darf sich nicht vereinnahmen lassen von deutscher oder europäischer Sicherheits-, Migrations- oder Außenpolitik. Sie muss endlich wieder denen zugutekommen, für die sie mal erdacht wurde: den ärmsten Menschen und Ländern. Davon sind wir weiter entfernt als je zuvor. Heute geht nur noch jeder siebte Euro in die 48 am wenigsten entwickelten Länder! Wie dort Armut bekämpft werden kann, steht auch im »Kompass 2030«.

Viertens: nicht nachlassen im Kampf gegen den Hunger! Erstmals seit 15 Jahren ist die Zahl der Hungernden weltweit gestiegen, auf 815 Millionen Menschen, 38 Millionen mehr als 2016. Krieg und Klimawandelfolgen fordern ihren Tribut. Das wird sich nur ändern, wenn Deutschland und andere reiche Länder ihren Einsatz erhöhen: Ein Viertel des BMZ-Etats muss unserer Ansicht nach für den Kampf gegen den Hunger aufgebracht werden. Notwendig sind nachhaltige Ernährungssysteme für die Menschen, soziale Sicherung und die Förderung von Kleinbauern.

Fünftens: Zivilgesellschaft stärken! Bürgerinnen und Bürger haben Rechte, der Staat muss über sein Handeln Rechenschaft ablegen. Doch für die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die das weltweit einfordern, wird es immer schwerer. Sie werden zunehmend schikaniert, diffamiert und verfolgt. Shrinking Space wird das grassierende Phänomen genannt, das ökonomische, gesellschaftliche, vor allem aber politische Teilhabe der Menschen beschneidet.

Aber es geht nicht ohne die gestalterische Kraft »von unten«, ohne Checks and Balances, dem Fundament jeder Entwicklung: weder bei der Regierungsführung noch bei Armutsbekämpfung oder Ernährungssicherung. Organisationen wie die Welthungerhilfe arbeiten daher mit zivilgesellschaftlichen Partnern vor Ort zusammen. Dennoch nimmt sich die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit der Zivilgesellschaft in Deutschland bescheiden aus: Im Vergleich der 30 Staaten, die Entwicklungshilfe leisten, landet Deutschland auf Rang 24, wenn es darum geht, nicht staatliche Akteure zu unterstützen.

Wir wollen, dass das anders wird, und fordern daher die neue Regierung auf, für die Arbeit der deutschen zivilgesellschaftlichen Entwicklungsorganisationen im Rahmen der Agenda 2030 einen neuen Haushaltstitel zu schaffen. Auch das wäre ein Signal des Aufbruchs.

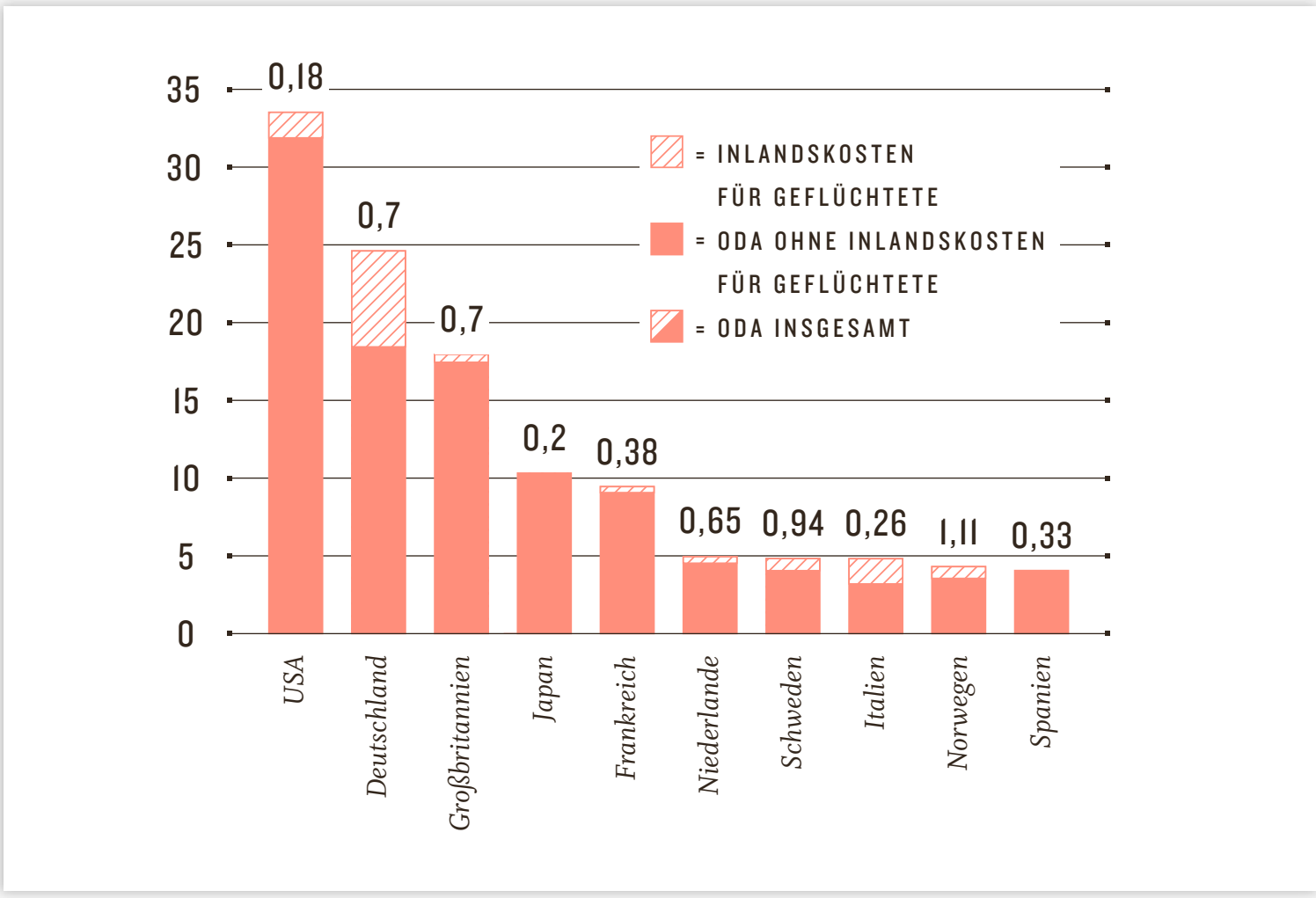
Richard Haep ist Mitarbeiter der Stabstelle Politik der Welthungerhilfe und Leiter des Berliner Büros.

Mehr zum Thema

Der »Kompass 2030« ist der Bericht zur »Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik« von Welthungerhilfe und Terre des Hommes. Die Publikation kann unter **www.welthungerhilfe.de/kompass2030** heruntergeladen werden.

Deutschland rechnet viel Geld für Flüchtlinge im Inland ein

Acht europäische Länder gehören zu den zehn größten Gebern in der Entwicklungshilfe. Die Grafik zeigt die Ausgaben der zehn größten Geberländer für Staatliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) in Milliarden US-Dollar (vertikal) sowie in Prozent des Bruttonationaleinkommens.



Quelle: OSCD, Stand: April 2017

© Bettina Rühl

DAVON PROFITIEREN ALLE: *Die Markthallen von Koniakary wurden mit dem Geld von Migranten erbaut.*

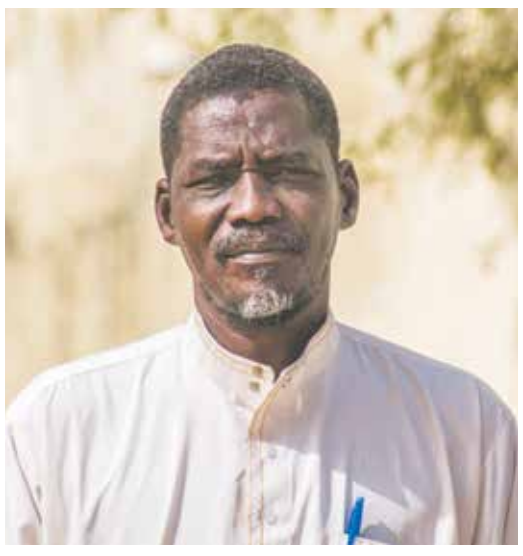
Entwicklungshilfe aus Afrika

Malische Migranten tragen seit Jahrzehnten maßgeblich zur Entwicklung ihres Heimatlandes bei

Koniakary gehört zu den Kommunen in Mali, aus denen besonders viele Menschen ins afrikanische Ausland gehen. Das gilt seit Generationen für die gesamte westmalische Region rund um die Provinzmetropole Kayes. Die Migranten unterstützen nicht nur ihre Familien, sondern tragen auch zum Bau von Gemeinschaftseinrichtungen bei.

Von Bettina Rühl

Nachts liegt Bassirou Bane manchmal wach, obwohl sein Leben eigentlich rundläuft: Bassirou Bane ist Anfang 60 und ein erfolgreicher Händler in Koniakary, einer Kommune im äußersten Westen von Mali. Seit 1999 ist er außerdem Bürgermeister seiner Heimatgemeinde. Wenn er durch Koniakarys quirlige Straßen geht, grüßen ihn die Menschen mit Wärme und Respekt. Was ihm trotz allem bisweilen den Schlaf raubt, sind die Bilder von überfüllten und kaum seetüchtigen Booten auf dem Mittelmeer, die ihm der Fernseher abends ins Wohnzimmer bringt. »Ich finde das schockierend. Zu sehen, wie sich junge Menschen in diese Schlauchboote quetschen, ihr Leben riskieren.« Jedes Mal sucht Bassirou Bane die Gesichter nach Bekannten ab. Bislang war er jedes Mal erleichtert, weil er lauter Fremde sah.



© Bettina Rühl

ENGAGIERT: *Bassirou Bane, Bürgermeister der Gemeinde Koniakary im Westen von Mali.*

»Früher gingen die Männer jedes Jahr für ein paar Monate in die Nachbarländer«, erzählt Bassirou Bane, ein schlanker Mann mit aufmerksamem Blick. »Zur Regenzeit kamen sie aus dem Senegal oder der Elfenbeinküste nach Hause zurück und halfen hier bei der Ernte.« Anschließend zogen sie wieder los, bis der nächste Regen kam. Mit dem Beginn der Erdöl- und Mineralienförderung wurden auch zentralafrikanische Länder für die malischen Arbeitsmigranten attraktiv. »Dort haben die Menschen aus unserer Gegend als Händler ein Vermögen verdient«, erzählt Bassirou Bane. Von Europa habe damals kaum jemand geträumt, das Glück lag näher und war einfacher zu haben. Daran hat sich bis heute nicht viel geändert. Nach Bassirou Banes Schätzungen arbeiten von den rund 15 000 Bewohnern des Ortes 25 Prozent im Ausland, nur fünf Prozent davon in Europa.

Aber das Sterben der Migranten auf dem Mittelmeer beschäftigt natürlich auch die Menschen in Koniakary. »Nach jedem Bootsunglück hören wir die gleichen Sonntagsreden von Politikern, die solche Dramen angeblich stoppen wollen«, erregt sich Bassirou Bane. »Aber von dem Geld, das Europa seit Monaten für diesen Zweck verspricht, sehen wir hier vor Ort bisher nichts.« Das ärgert ihn, aber gleichzeitig ist er kein Gegner der Migration. Natürlich will er das Sterben beenden, aber insgesamt sei das »eine komplexe Angelegenheit«, wie der Bürgermeister meint. »Für unsere Gemeinde und viele Familien wäre das Ende der Migration die reine Katastrophe.«

Um zu zeigen, was er meint, lädt er zu einem Rundgang ein. Seine Tour beginnt noch vor dem Losgehen, nämlich im Rathaus. Das wurde schon 1978 gebaut, damals noch als Außenstelle des Standesamtes, »weil wir es leid waren, für jedes Dokument stundenlang fahren zu müssen«. Und weil die malische Regierung keinerlei Anstalten machte, sich um die Anliegen ihrer Bürger zu kümmern, nahm die Bevölkerung von Koniakary ihre Geschicke Anfang der 1970er-Jahre selbst in die Hand, durchaus enttäuscht von der jungen malischen Demokratie. Da die malische Regierung nicht mehr für sie tat als früher die französische Kolonialmacht, nahmen die Dorfältesten 1972 Kontakt mit denjenigen auf, die ihr Geld im Ausland verdienten, und zwar damals noch ausschließlich in afrikanischen Ländern. So begann eine Entwicklungszusammenarbeit, die bis heute anhält: Die Migranten schicken das Geld, die Bevölkerung von Koniakary macht die Arbeit.

Anlauf- oder Komplettfinanzierung

Bassirou Bane führt zum Gesundheitszentrum, das Migranten und Ansässige als Erstes gemeinsam in Angriff nahmen. Zur Einweihung kam sogar die First Lady des damaligen Präsidenten Moussa Traoré, Mariam Traoré, denn in der ganzen Region gab es nichts Vergleichbares. »Bezahlt haben das alles unsere Migranten«, sagt Saidou Bane stolz, er kommt in einem grünen Kittel dazu. Der warmherzig wirkende Mann ist der Vorsitzende des Vereins, der das Gesundheitszentrum verwaltet. Saidou Bane hat selbst jahrzehntelang in Gabun als Händler viel Geld verdient, bis er vor acht Jahren nach Hause zurückkam, »weil einige zu Hause die Fäden zusammenhalten müssen«. Seitdem bestellt er seinen Acker und verwaltet ehrenamtlich das Gesundheitszentrum. Von seinen sechs Kindern sind drei noch auf der Schule, drei arbeiten in der Elfenbeinküste und in der Republik Kongo.

Der Bürgermeister treibt weiter, hat noch so vieles zu zeigen: den Kindergarten, die Markthallen, das kommunale Radio, Gemüsegärten mit Brunnen für die Frauen, gemauerte Klassenräume und vieles mehr. Während einige Bauten ausschließlich von den Migranten bezahlt wurden, überwiesen sie in anderen Fällen den Eigenbeitrag, den die Kommune leisten musste, um Geld von einer internationalen Hilfsorganisation oder bisweilen auch staatliche Fördermittel zu erhalten. Seit gut zehn Jahren spielt auch ihre französische Partnerstadt Villetaneuse eine wichtige Rolle, Jahr für Jahr realisiert sie gemeinsam mit der Bevölkerung von Koniakary ein Projekt. Hinzu kommt das Geld, das die Migranten aus allen Ländern individuell an ihre Familien schicken, für Grundnahrungsmittel, Schulgebühren, die medizinische Versorgung und alles, was sonst noch so anfällt. »Ich kann mir nicht vorstellen, wo wir ohne diese Überweisungen stünden«, sagt Bürgermeister Bassirou Bane. Er selbst allerdings kommt ohne Unterstützung aus dem Ausland bestens klar: Schon sein Vater hat Koniakary nie verlassen und vor Ort als Händler ein Vermögen verdient. Sein Geld und sein Talent hat er Bassirou Bane vererbt, wohl auch zum Nutzen der Gemeinde. Dass ihr Bürgermeister zupackend und vorausschauend ist, dabei mit Geld offensichtlich gut umgehen kann, trägt zum relativen Wohlstand des Ortes sicherlich bei.

Bettina Rühl ist freie Journalistin und lebt in Köln und Nairobi.

WISSENSWERTES

Geldsegen aus der Diaspora

Das Geld, das Migranten ihren Familien in ihren Heimatländern überweisen, ist ein wichtiger Entwicklungsfaktor. Nach Schätzungen der Weltbank wurden 2015 weltweit 602 Milliarden US-Dollar transferiert. Geschätzte 440 Milliarden davon flossen in Entwicklungsländer. Die Summen, die Familienmitglieder bar übergeben oder auf anderen informellen Kanälen überbracht wurden, kommen noch hinzu. Sie sind aber schwer zu schätzen. Der Geldfluss aus der Diaspora in die Heimatländer ist damit dreimal so hoch wie die weltweite staatliche Entwicklungshilfe. Für Länder wie Indien oder Nigeria, die zu den größten Empfängerländern zählen, sind Überweisungen aus dem Ausland die wichtigste Kapitalquelle. *ber*

© Peter Pauls

REICHHALTIGES ESSEN: *Die Frauenkochgruppe Baoma Kao nutzt Gemüse, Fisch und Obst für eine gesunde Ernährung.*

Die Folgen von Ebola bleiben spürbar

Sierra Leone kämpft weiter mit den Nachwirkungen der Epidemie von 2014

Zwei Jahre nach der großen Ebolaepidemie wollen Staat und Hilfsorganisationen in Sierra Leone wieder zum Alltag übergehen und sich den anderen Herausforderungen im Land widmen. Doch viele Überlebende leiden weiter an den Folgen von Ebola, ein neuer Ausbruch ist möglich. Wie lässt sich helfen und vorbeugen?

Von Peter Pauls

Im Dezember 2013 infiziert sich ein Junge in Guinea mit dem Ebolavirus. Innerhalb weniger Monate breitet sich der Erreger in Westafrika aus, und es kommt zur größten Ebolaepidemie in der Geschichte. Jeder zweite Infizierte stirbt – insgesamt mehr als 11 000 Menschen. Besonders betroffen waren Guinea, Liberia und vor allem Sierra Leone.

Binta Bah ist eine erschöpfte Frau. Das bemerkt man, wenn sie nicht mehr in Bewegung ist, Gemüse putzt, Wasser schleppt, nach den Kindern ruft oder etwas wegräumt. Wenn die 40-Jährige sitzt, weil man sie zum Beispiel gefragt hat, ob man sie fotografieren darf, fällt für kurze Zeit alle Last von ihr ab und sie sieht nur noch müde aus.

Binta Bah war an Ebola erkrankt, während der großen Epidemie im westafrikanischen Sierra Leone. Das Virus kam aus dem benachbarten Liberia und sprang über – von Mensch zu Mensch. Eine Besucherin brachte die Krankheit in ihren Ort, nach Komende Luyama. Bei Binta Bah begann es mit Kopfschmerzen. Dann stellten Ärzte fest, dass sie und drei ihrer neun Kinder Ebola hatten. Ihr Mann hatte sich zu dieser Zeit schon – wie so viele andere Männer auch – aus dem Staub gemacht.

Ein Kind starb. Binta Bah überlebte. Heute klagt sie über Kopfschmerzen, Probleme mit den Gelenken und Sehstörungen. Sie sei schnell erschöpft, sagt sie. Doch das ist relativ. Einer, der sie kennt, sieht sie mitunter noch nachts arbeiten, damit sie sich und ihre acht überlebenden Kinder durchbringt. Vermutlich ermüdet die Frau schneller als früher. Ausnahmslos jeder der Menschen, die sich in Sierra Leone infizierten und überlebten, klagt über Spätfolgen.

Wenn sie einen Wunsch hätte? Für die Opfer der Bürgerkriege, die Liberia und Sierra Leone heimsuchten, habe es eine kleine Starthilfe gegeben, damit sie ein Geschäft eröffnen konnten. Das wünscht sie sich auch. Binta Bah muss zu hohen Zinsen Geld leihen, um Dinge des täglichen Bedarfs zu kaufen und in ihr Dorf zu bringen, die sie dort mit geringem Aufschlag verkauft. Der Verdienst reicht nicht. Neben ihr sitzt Doris, ihre fünfjährige Tochter. Mitunter tritt Blut aus deren Ohren, und sie hat Rückenschmerzen. Auch das ist eine Folge von Ebola.

4000 Tote und 14 000 Infizierte – in keinem anderen Land Westafrikas hat Ebola dermaßen gewütet. Doch eigentlich versucht man in Sierra Leone nun, wieder zu einer Art Alltag überzugehen. Die Herausforderungen sind vielfältig, und man will sich nicht allein auf Ebola und die Vergangenheit konzentrieren. Man kann es angesichts eines schwachen Staates sicher auch kräftemäßig nicht.

© Peter Pauls

GEZEICHNET VON DEN FOLGEN VON EBOLA: *Binta Bah und Doris, eines ihrer acht Kinder, die überlebten.*

Das gilt auch für Hilfswerke wie die Welthungerhilfe. Die Projekte dienen wieder allgemeinen Bereichen wie Ernährungssicherung und Gesundheitsversorgung, dem WASH-Sektor, also Wasser, Hygiene und Sanitärversorgung, der Professionalisierung des Kakaoanbaus und auch Projekten, die in ihrer Konsequenz die gewaltige Arbeitslast von den Schultern der Frauen auf dem Land nehmen und dafür sorgen, dass auch Männer ihren Anteil an Arbeit und Verantwortung übernehmen.

In der medialen Wahrnehmung wirkt Sierra Leone mitunter wie ein Land, das immer wieder von biblisch anmutenden Plagen heimgesucht wird. Neben Bürgerkrieg und Ebola, das nach Expertenmeinung immer wieder ausbrechen kann, sind dies Cholera- und Lassa-Fieber-Epidemien, Überschwemmungen, jüngst ein Erdrutsch mit wenigstens 800 Toten in der Hauptstadt Freetown oder Fälle sogenannten Land Grabbings, in denen Großgrundbesitzer ganze Landstriche an internationale Konzerne verpachten. Dennoch trifft man überwiegend auf freundliche und höfliche Menschen.

Regeln retten Leben

Krankheiten werden in Afrika häufig den Umständen zugeschrieben, dunklen Mächten, mitunter auch Staat oder Opposition. Ebola hat ganze Landstriche gezwungen, sich mit den Ursachen einer Erkrankung auseinanderzusetzen. Nur wer dies erkannt und umgesetzt hat, konnte überleben. Erst als konsequent Regeln umgesetzt wurden, gelang es, die Epidemie einzudämmen. »Hände waschen, Reisen verbieten, Infizierte unter Quarantäne stellen, Kranke rehydrieren« – das sind die Maßnahmen, die Ebola letztlich besiegen halfen.

Das Virus indes ist in der Gesellschaft. Männer, die Ebola überlebt haben, tragen es mitunter in ihrem Samen und Buschtiere wie Affen und Flughunde in ihrem Organismus. Ebola befinde sich buchstäblich in der DNA des Landes und seiner Bewohner, sagt Jochen Moninger, der viele Jahre Landesdirektor der Welthungerhilfe in Sierra Leone war. Moderne Hygiene sei heute stärker Bestandteil des täglichen Lebens. Menschen haben ihr Verhalten geändert. Wer es nicht getan hat, ist gestorben.

Besuch bei »Send«, einer Partnerorganisation der Welthungerhilfe. Direktor Joseph Ayamga drückt den Startknopf auf seinem Computer und der Albtraum von 2014 wird wieder lebendig. Menschen liegen sterbend in ihren Ausscheidungen auf der Straße, Sanitäter in Schutzanzügen bergen Leichen und Kranke. Wie im Zeitraffer rasen Szenen wie aus einer afrikanischen Version des Jüngsten Gerichts über die Leinwand und aus der Zeit, als ab 19 Uhr Ausgehverbot herrschte, an Kontrollpunkten Fieber gemessen wurde und vor Sorge rasende Mütter zu ihren an Ebola erkrankten Kindern in Quarantänebereiche vordringen wollten.

»Send« will mit dem populär gestalteten Film – Laienschauspieler kümmern sich um einen Jäger, der krank aus dem Busch zurückkehrt – aufrütteln und Verhaltensweisen hinterfragen. Ein weiterer Bereich der Arbeit von »Send« zielt auf die Verbesserung der Ernährungssituation. Sierra Leone ist ein fruchtbares Land. Doch gilt eine Art Paradoxon. Viele Menschen sehen Reis als einziges Nahrungsmittel – obwohl sie umgeben sind von Papayas, Mangos, Avocados, Kochbananen und Orangen. Im Örtchen Baoma Koa haben vier Kochgruppen aufgefahren, was an Obst und Gemüse auf den Feldern wächst und an Fischen und Krebsen in den Bächen vorkommt. Sie haben gekocht und gebraten – es schmeckt köstlich.

Mitunter wirkt Sierra Leone, als sei das Land aus einer Art Trauma erwacht, einem Albtraum. Er bestand darin, dass viele Menschen, die man heute traf, am nächsten Tag starben, und jeder sich die Frage stellte, wann er selbst an der Reihe sei, berichtet Joseph Ayamga. Der 32-Jährige kommt aus Ghana und blieb, wie deutsche Mitarbeiter der Welthungerhilfe, trotz Ebola im Land. »Wir haben Epidemologen aus Uganda um Rat gefragt«, sagt Jochen Moninger. »Das Risiko war zu managen.«

Peter Pauls ist Chefautor des Kölner Stadt-Anzeigers.

Solarenergie gegen Hunger

Günstiger und sicherer Solarstrom vom Energiekiosk eröffnet neue Perspektiven für Menschen in Sierra Leone

Fotos: Kai Löffelbein
Text: Dariah Driefer

Seit Jahren belegt Sierra Leone einen der letzten Plätze auf dem Welthunger-Index. Nach dem Ende der Ebolaepidemie im März 2016 kämpft Sierra Leone verzweifelter denn je gegen Hunger und Armut. Gerade in den ländlichen Gebieten leben die Menschen ohne funktionierende Energieversorgung. Ihnen fehlt der Strom für Licht, die Verarbeitung ihrer Ernten, zum Kühlen, Kochen und Aufladen ihrer Handys.

Die Welthungerhilfe hat gemeinsam mit ihren Partnern und mit Geldern der Europäischen Union an verschiedenen Standorten Solaranlagen eingerichtet. In abgelegenen Dörfern, wie in Panguna im östlichen Distrikt Kenema, können die Dorfbewohner in sogenannten Energiekiosken Solarstrom kaufen. Menschen, deren Haushalte ohne direkte Stromversorgung sind, können dort ihre Handys, Taschenlampen und andere Geräte gegen kleines Geld aufladen. Mithilfe einer gesicherten Stromversorgung können sich immer mehr Menschen ein Gewerbe aufbauen und ihren Lebensunterhalt zum Beispiel durch den Verkauf von gekühlten Getränken bestreiten. Auch benutzen die Kakaobauern den Solarstrom, um die feuchten Kakaobohnen effizienter zu trocknen. So verbessert sich die Qualität des Kakaos und erzielt höhere Verkaufspreise als wichtigstes Exportgut in Sierra Leone. Fachkräfte der Welthungerhilfe und von deren Partnerorganisationen bilden die Gemeindemitglieder in Energie- und Umweltfragen sowie in Fragen zum Stromverbrauch aus. Zudem werden die lokale Verwaltung und das nationale Energieministerium von Sierra Leone in das Projekt miteinbezogen.

1 *Ein Junge vor der Fotovoltaikanlage auf dem Gelände des Nixon Memorial Hospitals in Segbwema.* | **2** *Sheka Massaquoi, Solaranlagentechniker der Welthungerhilfe, repariert und überprüft die Anlage.* | **3** *Am Solar Charging Point können Kunden ihr Mobiltelefon aufladen.* | **4** *Kakaobauer Julius Lahai auf seiner Plantage.* | **5** *Trocknen von Kakaobohnen. Korma Jusu wird von einem Mitarbeiter der Welthungerhilfe beraten.*

Für die Jugend war zu wenig Zeit

Beim Gipfeltreffen der Afrikanischen und der Europäischen Union an der Elfenbeinküste blieben konkrete Zusagen aus

KOMMENTAR

© privat

Anne-Catrin Hummel *ist Referentin für Agrar- und Handelspolitik in der Abteilung Politik und Außenbeziehungen der Welthungerhilfe. Vor ihrem Masterstudiengang Management in Non-Profit-Organisationen mit dem Schwerpunkt Entwicklungszusammenarbeit lebte und arbeitete sie in Südafrika. Die Themen Agrarhandel und Entwicklung vertritt sie auf deutscher und europäischer Ebene.*

In der ivorischen Hafenstadt Abidjan kamen vom 29. bis 30. November 55 Staats- und Regierungschefs aus Afrika sowie 28 aus Europa zusammen, unter ihnen auch Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ein Gipfel, anders als alle anderen und mit konkreter Agenda hätte er werden sollen. Doch statt wie geplant über die Zukunft der wirtschaftlichen Beziehungen, Handelsverträge und Investitionen in die Jugend zu sprechen, dominierten die Themen Flucht und Migration.

Auf dem afrikanischen Kontinent leben rund 1,2 Milliarden Menschen, 60 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 25 Jahre alt. Nirgends wächst die Bevölkerung so schnell wie in Afrika, bis 2050 sollen es 2,5 Milliarden Menschen sein. Sehr naheliegend und nur logisch, dass »die Zukunft der afrikanischen Jugend« Titelthema des Gipfels war.

In die Zukunft zu investieren, das bedeutet, Schul-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen. Menschenwürdige Arbeit mit einem existenzsichernden Einkommen ist Mangelware auf dem afrikanischen Kontinent. Zu lange schon gilt Afrika als Rohstofflieferant, Gewinne verschwinden in korrupten Regimen, die wahre Wertschöpfung findet andernorts statt. Die industrielle Wirtschaft sowie die Landwirtschaft wurden lange vernachlässigt. Armut und Hunger dominieren in vielen Regionen, und ausgerechnet dort, wo die Nahrung produziert wird, auf dem Land, leben drei von vier Hungernden.

Klar ist, dass sich bei einer stetig wachsenden Weltbevölkerung auch die Produktivität im Agrarsektor steigern muss. Wir sehen, dass sich zunehmend immer größer werdende internationale Agrarunternehmen als angebliche Lösung anbieten. Der Staatspräsident Guineas, Alpha Condé, zugleich Präsident der Afrikanischen Union, betonte zum Abschluss des Gipfels, dass es in der künftigen Beziehung zu den Europäern um ein neues Selbstbewusstsein auf dem afrikanischen Kontinent gehe. Zu hoffen bleibt, dass er damit im Sinne der hungernden und armen Bevölkerung und nicht der kleinen Eliten des Kontinentes spricht. Denn wer Armut und Hunger erfolgreich bekämpfen will, kommt nicht vorbei an den lokalen Kleinbauern, mit oftmals ungeklärten Landtiteln. Auch nicht an der arbeitssuchenden Jugend oder lokalen klein- und mittelständischen Unternehmern, denen es an Zugängen zu Krediten und Märkten fehlt.

Die bisherigen Wirtschaftspartnerschaften zerstören lokale Märkte und Arbeitsplätze.

Mithilfe des auf dem Gipfel verabschiedeten Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung sollen aus den von der Europäischen Union (EU) bereitgestellten vier Milliarden Euro bis 2020 insgesamt rund 44 Milliarden Euro Privatinvestitionen angestoßen werden. Ein in der Theorie vielversprechendes Konstrukt, doch hat die mittlerweile seit zehn Jahren existierende strategische Partnerschaft zwischen Afrika und der EU bislang mancherlei Enttäuschung mit sich gebracht. Auch bei diesem Gipfel blieb ein grundsätzliches Umdenken der politischen Architektur zwischen den beiden Kontinenten aus.

Auf dem Treffen der Zivilgesellschaft vor dem diesjährigen G20-Gipfel in Hamburg hatte die Bundeskanzlerin angekündigt, beim EU-Afrika-Gipfel auch über unfaire Handelsverträge zwischen der EU und Afrika sprechen, sogar Neuverhandlungen auf die Agenda setzen zu wollen. Doch die umstrittenen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen fielen am Ende kaum ins Gewicht. Die Welthungerhilfe kritisiert sie in ihrer heutigen Form immer wieder als neoliberales Machtinstrument der Europäer gegenüber Afrika, verantwortlich für die Zerstörung lokaler Märkte und den Verlust wichtiger Arbeitsplätze. Die Kräfteverhältnisse, die den Abkommen zugrunde liegen, sind unfair – auf der einen Seite eine mit mehr als einem Drittel des gesamten EU-Budgets subventionierte Agrarindustrie mit Hightechfabriken, Massenproduktion und daraus resultierenden Kostenersparnissen; auf der anderen Seite kleinbäuerliche Strukturen, schlechte Straßen und fehlende Technologien. Keine Partnerschaft unter Gleichen.

Die Initiativen, die der Privatwirtschaft eine größere Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit zusprechen, bergen Potenzial. Doch dreht sich dabei vieles um die Rechte von Investoren. Afrika mit zum Teil acht Prozent Wirtschaftswachstum ist für sie attraktiv und soll sich noch mehr herausputzen. Die Frage ist, wo dabei die Rechte der Bürger bleiben. Wichtig ist, dass dieses private Engagement für die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht lediglich neue Absatzmärkte, kostengünstige Rohstoffe und eine Infrastruktur für europäische Unternehmen schafft, sondern nachhaltig gestaltet wird. Dafür müssen Privatunternehmen ihre Geschäftstätigkeit unter Einhaltung international gültiger Menschenrechte und Umweltstandards ausüben.

Schutz vor Billigimporten notwendig

Die EU hat dafür Sorge zu tragen, dass das Menschenrecht auf Nahrung nicht durch europäische Unternehmen gefährdet oder verletzt wird. Dies gilt auch für importierte Rohstoffe und weiterverarbeitete Güter. Der Fokus darf nicht auf ausländischen Direktinvestitionen im großen Stil liegen, sondern muss ganz gezielt auf afrikanische Mikrounternehmen gerichtet werden. Immerhin schafft der informelle Sektor noch immer die meiste Beschäftigung in Afrika. Durch die Förderung von Kleinstunternehmen könnten auch dort mehr Arbeitsplätze entstehen. Parallel dazu muss eine am Recht auf Nahrung orientierte Handels- und Agrarpolitik einen einfacheren Marktzugang für afrikanische Produkte ermöglichen. Den Entwicklungsländern muss erlaubt sein, die lokale oder regionale Produktion vor billigen Importen zu schützen.

Der grausame Umgang mit Migranten in Libyen dominierte letztendlich den Abschlusstag des Gipfeltreffens. Dass sich daher eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe aus EU, Afrikanischer Union und Vereinten Nationen gründete, ist zu begrüßen. Auch dass Europa die Möglichkeiten der legalen Einwanderung prüfen und erhöhen möchte, ist positiv. Die Partnerschaft auf Augenhöhe mit dem Kontinent scheint weiterhin eher Lippenbekenntnis zu bleiben. Der Gipfel hat gezeigt, dass man sich den Problemen Afrikas in erster Linie widmet, damit diese nicht in Form von Geflüchteten weiterhin den europäischen Kontinent erreichen.

Als bitterer Beigeschmack bleibt, dass das Abschlussdokument trotz vielversprechender Vorankündigungen keine konkreten oder messbaren Zusagen für verantwortliche Investitionen in die Jugend und somit die Zukunft des Kontinents hat. Zudem wurde die Redezeit der Zivilgesellschaft auf dem Treffen gestrichen und der Alternativgipfel polizeilich unterbrochen. Kein gutes Zeichen für die Zukunft.

© Imke Lass

GLÜCKLICHE STIPENDIATEN: *Im »Skill up!«-Projekt der Welthungerhilfe können junge Leute nicht nur eine Ausbildung machen. Diese beiden erhielten ein Stipendium für die Produktion von Briketts in Sierra Leone.*

© Kieran McConville

PROVISORIUM FÜR HUNDERTTAUSENDE: *Das Flüchtlingslager nahe der Stadt Cox's Bazar in Bangladesch zieht sich über viele Hügel. Die Unterstände aus Stangen und Planen stehen dicht an dicht.*

Die Stadt der Überlebenden

Vor ethnischer Verfolgung in Myanmar sind seit August 2017 mehr als 600 000 Rohingya ins Nachbarland Bangladesch geflohen

Der Konflikt in Myanmar schwelt seit Jahrzehnten. Die Zentralregierung des mehrheitlich buddhistischen Landes unterdrückt die muslimische Minderheit und verwehrt den Rohingya die Staatsbürgerschaft. Die Vereinten Nationen stufen die Verfolgung als Vorstufe zum Genozid ein.

Von Christina Felschen

Von außen scheint das Flüchtlingslager von Cox's Bazar totenstill«, schreibt Disha Uppal. Die Medienreferentin des indischen Welthungerhilfe-Büros besuchte Bangladesch im Oktober. »Ich sehe ein Meer aus Tausenden Zelten, die sich von der Ebene bis zu den Hügeln erstrecken. Dazwischen traurige, verzweifelte Gesichter. Einige Rohingya sind damit beschäftigt, aus Plastikplanen neue Zelte zu bauen, andere tragen Bambusstöcke auf den Schultern und wieder andere laufen zum Lagereingang, weil sie auf Hilfslieferungen hoffen. Je weiter ich in das Lager hineingehe, desto stärker riecht es nach Schmutz und Abwasser.«

Täglich kommen neue Menschen im Lager an, im November waren es bereits 600 000. »Schauen Sie mal hier links rüber!«, ruft Mohammad Jakariya. »Dort sah man bis vor Kurzem noch Bäume. Jetzt ist dort auch schon alles voller Zelte. Ich bin bei jedem Besuch erstaunt, wie schnell sich diese Ebene in eine Stadt verwandelt.« Jakariya arbeitet für die bengalische Organisation Anando, die seit Jahren Projekte mit der Welthungerhilfe durchführt. Als die Flüchtlingskrise einsetzte, war Anando schnell zur Stelle, um Nothilfe zu leisten. Zusammen mit der Welthungerhilfe versorgt die Organisation 2600 Familien im Lager mit Nahrungsmitteln. Auch die Familie von Hamida Begum – beziehungsweise die Überlebenden ihrer Familie.

»Zu Hause in Myanmar hatten wir ein gutes Leben«, sagt Begum. »Mein Mann war ein islamischer Gelehrter und unseren drei Kindern ging es gut.« Als Rohingya hatten sie zwar kaum Rechte im Land (siehe Kasten), doch der Staat ließ die Familie weitestgehend in Ruhe. Bis zu jenem Tag, der alles änderte.

Als Rohingya-Rebellen bei einem Angriff Ende August mehrere Dutzend Soldaten und Polizisten töteten, reagierte das Militär mit systematischer Gewalt gegen die gesamte Volksgruppe. »Eines Tages kamen Soldaten in die Stadt und schossen auf uns«, erzählt Begum. Alle rannten um ihr Leben. Eine Kugel traf ihren Mann in den Rücken. »Er brach zusammen und starb innerhalb von Sekunden, vor unseren Augen. Die Kinder und ich hockten ratlos bei ihm. Erst meine Schwester konnte uns dazu bewegen weiterzurennen.« Eine Nacht lang versteckten sie sich zusammen mit ihren Nachbarn im Gebüsch. Am Morgen liefen sie weiter, bis sie hungrig und müde den Fluss Naaf erreichten. Eine Bootsfahrt später waren sie in Bangladesch. Gerettet!

Im Auffanglager von Cox's Bazar trafen sie auf Hunderttausende andere Rohingya. Überall im Staat Rakhine hatten Soldaten Hunderte Menschen ermordet, Frauen vergewaltigt und ganze Dörfer niedergebrannt. Die Vereinten Nationen stufen das Vorgehen als »ethnische Säuberung« ein, als systematische Vertreibung einer ganzen Volksgruppe – eine Vorstufe des Genozids.

Sechs Toiletten für 173 Familien

Hamida Begum und ihre Kinder sind vorerst in Sicherheit, doch das Leben im überfüllten Lager ist nicht einfach. Sie mussten ihr Zelt auf einem entlegenen Hügel weitab der Hauptstraße aufbauen. Für ihre Essensrationen und Arztbesuche laufen sie kilometerweit über rutschige Pfade durch den Regen. An den ersten Tagen war Begum so geschockt und voller Trauer über den Tod ihres Mannes, dass sie den Weg nicht geschafft hat. Ihre Schwester teilte ihren Teller Reis mit Linsen unter allen auf. Die Hilfsorganisationen tun ihr Bestes, doch es fehlt an allem. »In meinem Bezirk teilen sich 173 Familien sechs Toiletten. Stellen Sie sich das vor!« sagt Azizul Haq, der wie Hamida Begum aus der Stadt Maungdaw geflohen ist. Die Flüchtlinge in seinem Teil des Lagers haben ihn als Verbindungsmann (»Majhi«) gewählt, damit er sie vor den Hilfsorganisationen und der bengalischen Armee vertritt. Haq und die anderen Bewohner bauen ihre Toiletten selbst, indem sie Plastikplanen um vier Stöcke wickeln. Die Infrastruktur des Lagers sei völlig überlastet, beklagt Haq. Demnach gibt es auch keine Waschräume, und von den sechs Brunnen funktionieren nur noch vier. Unter solchen Bedingungen können sich Durchfall, Cholera und andere, durch Wasser übertragbare Krankheiten schnell ausbreiten.

Zudem könnte sich die Zahl der Geflüchteten noch verdreifachen. Die Vereinten Nationen rechnen damit, dass in den kommenden Monaten weitere 1,2 Million Rohingya ins Lager kommen könnten. Das Lager bräuchte Lebensmittel, Trinkwasser und Unterkünfte, aber auch medizinische Hilfe und sanitäre Anlagen im Wert von 430 Millionen US-Dollar (370 Millionen Euro). Davon war Ende Oktober erst ein Viertel gedeckt.

Hamida Begum sorgt sich vor allem um ihren kleinen Sohn: Er ist abgemagert, hat Fieber und eine Hautinfektion, die trotz Behandlung nicht besser werden will. Ihre Kinder weinen oft und fragen nach dem Vater. Was soll sie ihnen erzählen? »Schaut euch um«, sagt sie dann. »Die Leute hier haben alle ihr Zuhause verlassen, weil es da nicht mehr sicher ist. Wir müssen jetzt für eine Weile hier leben.« Was »eine Weile« bedeutet und ob sie je zurückkehren können, das weiß Begum selbst nicht.

Christina Felschen ist Journalistin und Fotografin in den USA.

WISSENSWERTES

Staatenlos im eigenen Land

Die Rohingya sind nach Einschätzung der Vereinten Nationen die am stärksten verfolgte Minderheit der Welt. Das überwiegend buddhistische Myanmar erkennt die eine Million Muslime, die bis zur jüngsten Vertreibung im Staat Rakhine lebten, nicht als Staatsbürger an. Sie dürfen nicht wählen, nicht studieren, keine Güter und kein Land besitzen, nicht frei im Land reisen und nicht einmal offiziell ausreisen. Doch auch im Exil sind die Rohingya Repressalien ausgesetzt: Auf Betreiben Myanmars werden sie in vielen Ländern Südostasiens inhaftiert. Das ehemalige Militärregime von Birma (heute: Myanmar) hatte in Dutzenden Militäroperationen Heiligtümer ethnischer Gruppen zerstört und Siedlungen verwüstet. 1982 verlangte die Junta von allen Minderheiten einen Nachweis darüber, dass sich ihre Vorfahren schon vor 1824 in Myanmar niedergelassen haben. Zu den Vorfahren der Rohingya gehören arabische Seefahrer, die seit dem 8. Jahrhundert in Rakhine lebten, sowie Gastarbeiter aus Bangladesch. Die Militärs erkannten jedoch nur Letztere an. Obwohl die heutige Regierung unter Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi als demokratisch gilt, sieht sie die Rohingya bis heute als staatenlose »Bengalen« an. *cfe*

Das Recht auf Nahrung zertifizieren

Ein neuer Standard soll sichern, dass die exportorientierte Agrarproduktion in armen Ländern nicht die Ernährungssicherheit bedroht

Mit dem neu entwickelten Ernährungssicherheitsstandard (Food Security Standard – FSS) soll die exportorientierte Agrarproduktion armer Länder in Einklang mit der Überwindung von Hunger gebracht werden. Als zusätzlicher Baustein soll der FSS bestehenden Zertifizierungssystemen ermöglichen, das Menschenrecht auf Nahrung zu berücksichtigen.

Von Constanze Bandowski

Palmöl, Baumwolle, Soja, Kaffee oder Bananen – viele international gehandelte Agrarprodukte stammen aus Staaten, in denen Menschen hungern und an Mangelernährung leiden. Zum Beispiel aus Burkina Faso, Kenia, Malaysia, Indonesien, Bolivien oder Guatemala. Diese Länder verfügen über fruchtbare Böden, ausreichend Wasser, Sonne, Wärme und billige Arbeitskräfte. So gewinnen gerade die armen Regionen der Welt im internationalen Agrarhandel an Bedeutung. Tonnenweise liefern sie die notwendige Biomasse für den steigenden Bedarf der Industrienationen an Treibstoffen, Tierfutter und Nahrungsmittel. Gleichzeitig hungern viele Menschen in diesen Ländern, weil sie nicht genügend gesunde Nahrungsmittel produzieren oder zu wenig Geld haben, um sich ausreichend zu ernähren. Oft fehlt ihnen zudem das Wissen, was eine ausgewogene Mahlzeit ausmacht und dass Hygienemaßnahmen und sauberes Trinkwasser ebenfalls wichtig für ein gesundes Leben sind. Deshalb hat das Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn gemeinsam mit der Welthungerhilfe einen Standard für Ernährungssicherheit entwickelt. Dieser Standard wird nun in einem Kooperationsvorhaben von Welthungerhilfe, ZEF und World Wide Fund For Nature (WWF) erprobt und zur Praxisreife gebracht. Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Der FSS stellt das Recht auf Nahrung bei jeder Produktion von Biomasse in den Mittelpunkt. Das gilt sowohl für kleinbäuerliche Betriebe als auch für landwirtschaftliche Großkonzerne.

»Bisher gibt es kein Zertifizierungssystem, das das Menschenrecht auf Nahrung bei der Produktion von Biomasse berücksichtigt«, erklärt Rafaël Schneider, Koordinator des Projekts bei der Welthungerhilfe. Nachhaltigkeitsstandards wie Cotton made in Africa, Rainforest Alliance, Fairtrade, Forest Stewardship Council oder jenes für Palmöl, Roundtable of Sustainable Palm Oil, decken zwar viele Bereiche in Umweltschutz, Landnutzung und Arbeitsrecht ab. Ob die Agrarproduktion im Einklang mit der Schaffung von Ernährungssicherheit vor Ort steht, prüft jedoch kein anerkanntes System. »Um es mal ganz anschaulich auszudrücken«, so Rafaël Schneider: »Im Palmölanbau werden Orang-Utans geschützt, ob aber die Menschen hungern, überprüft niemand.«

Kluge Fragen helfen weiter

Genau diese Lücke schließt der FSS. »Wichtig dabei ist, dass der FSS kein eigenständiger Standard ist, sondern ein Add-on auf bestehende Zertifizierungssysteme«, erklärt Martina Fleckenstein vom WWF. Holm Voigt vom ZEF weist auf die Herausforderung hin, den Ernährungskontext möglichst praktikabel zu erfassen. »Das funktioniert nicht über detaillierte Haushaltsmessungen und große Datenabfragen vor Ort wie andere Audits, sondern über klug gestellte Fragen zu Landnutzungsrechten, Bildungsprogrammen und gute Regierungsführung.« Dies wird durch 45 praktikable und messbare Kriterien aus 17 verschiedenen Kategorien abgeprüft. Die Fragen drehen sich auch um die Einhaltung von nationalen Ernährungssicherungsplänen und Raumplanungskonzepten, um Bildungsangebote der Unternehmen für die Menschen vor Ort, um lokale Marktzugänge, Wirtschaftsplanung oder Regionalförderung.

»Der FSS überprüft, ob die Unternehmen das Menschenrecht auf Nahrung einhalten«, so Schneider. Eigentlich ist das die Aufgabe der nationalen Regierungen. Sie alle haben die Freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen von 2004 zugestimmt. In Staaten mit schwacher Regierungsführung oder Gerichtsbarkeit können freiwillige Kontrollmechanismen dazu beitragen, die Lücke zwischen Zustimmung und Umsetzung zu schließen. »Der FSS bietet auch Unternehmen Sicherheit, dass sie in Bezug auf das Recht auf Nahrung auf der sicheren Seite sind«, sagt Rafaël Schneider. Obwohl der FSS kein Instrument zur unmittelbaren Überwindung von Hunger ist, kann er langfristig dazu beitragen, dass Hunger und Mangelernährung in der Welt zurückgehen.

Constanze Bandowski ist freie Journalistin und lebt in Hamburg.

© Welthungerhilfe

VON DER ERNTE PROFITIEREN: *Viele Agrarprodukte stammen aus Ländern, in denen Menschen hungern. Das soll sich ändern. Hier: ein Maisbauer der Elfenbeinküste.*

WISSENSWERTES

Was ist der FSS?

Der Food Security Standard (FSS) ist ein neuer Baustein für Nachhaltigkeitsstandards und Zertifizierungssysteme, der das Menschenrecht auf Nahrung in den Mittelpunkt stellt. Es handelt sich um einen Katalog an praktikablen und messbaren Kriterien, mit dem Produktion und Export aller Arten gehandelter Landwirtschaftsprodukte daraufhin überprüft werden, ob sie die Ernährungssicherung der einheimischen Bevölkerung gefährden. Der FSS ist kein eigenständiger Nachhaltigkeitsstandard, sondern ergänzt bestehende Zertifizierungssysteme in ernährungsunsicheren Regionen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Er besteht aus 45 Kriterien, die in 17 Kategorien eingeteilt sind. Für die Umsetzung erhalten die Auditoren eine fundierte Weiterbildung mit speziell entwickelten Schulungsunterlagen und einem Handbuch. *cob*

WISSENSWERTES

Kooperationsprojekt

Seit Mai 2017 bündeln die Welthungerhilfe, der World Wide Fund For Nature und das Zentrum für Entwicklungsforschung ihre Expertise, um den Food Security Standard (FSS) voranzubringen. Ziel des Kooperationsprojekts ist es, den FSS in ernährungsunsicheren Regionen in Afrika, Lateinamerika und Asien unter realen Bedingungen zu testen und zu vervollständigen. Ab 2018 werden in jeder Pilotregion Probeaudits unter realen Bedingungen durchgeführt. Praktische Erfahrungen werden sowohl in kleinbäuerlichen Betrieben als auch in großen Landwirtschaftsunternehmen gesammelt. Repräsentative Stakeholder-Gruppen wie Wissenschaftler, Zertifizierungsgremien, Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Regierungsvertreter oder Arbeitergruppen begleiten und analysieren das Projekt. Die Ergebnisse dieser Testphasen fließen in die Weiterentwicklung des FSS ein. Parallel dazu entstehen ein Handbuch für Auditoren sowie Trainingsmaterialien, damit eine reibungslose Übernahme in die Praxis möglich wird. *cob*

Klimarisiken und Klimawandel sind in vielen armen Ländern eine der Hauptursachen für Hunger. Resistentes Saatgut, angepasste Anbautechniken und Investitionen in erdbeben-, flut- und sturmsichere Gebäude sind als Antworten ebenso erforderlich wie der Aufbau funktionierender Krisenstrukturen und der stärker präventive Einsatz humanitärer Hilfe. Das schließt auch eine Veränderung für die Grundsätze ihrer Finanzierung ein.

© Gebremedhin/Welthungerhilfe

TROCKENES ÄTHIOPIEN: *Diese Familie aus der Region Afar ist auf dem Weg, um sich Öl und Nahrungsmittel zu holen. Verteilt werden sie von der APDA, einer Partnerorganisation der Welthungerhilfe.*

Die Schäden mindern

Klimaversicherungen sollen die Folgen von Naturkatastrophen für Betroffene abfedern

In Zeiten des Klimawandels nehmen Wirbelstürme, Dürren und Überschwemmungen zu. Hauptleidtragende sind die Entwicklungsländer und dort meist die ärmsten Bewohner. Wenn sich Naturkatastrophen nicht verhindern lassen, müssen sich die Menschen darauf vorbereiten. Klimaversicherungen sollen dazu einen Beitrag leisten.

Von Michael Kühn

Die fast alltäglichen Fernsehbilder machen es überdeutlich: Besonders Menschen in armen Ländern sind von Naturkatastrophen betroffen. Unter Dürren, Hurrikanen oder Überschwemmungen leiden in der Regel vor allem die Armen, wenn Gesellschaften schlecht vorbereitet sind. Ernten werden vernichtet, die Preise für Grundnahrungsmittel steigen, Infrastruktur wird zerstört, Lebensraum unbewohnbar, Menschen werden gezwungen zu fliehen.

Der Aufwand für die Herstellung des Status quo ante ist in der Regel erheblich und vor allem teuer. Wenn dazu noch der vom Menschen gemachte Klimawandel als zusätzlicher Treiber dafür sorgt, dass die extremen Wetterereignisse häufiger vorkommen und sie in ihren zerstörerischen Wirkungen noch verstärkt, dann reichen weder die Kapazitäten der betroffenen Länder noch die Anstrengungen der humanitären Hilfe, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

Globale Emissionen senken

Humanitäre Hilfe wird in der Regel als Antwort auf eine Katastrophe geleistet. Zunehmend geht es aber auch darum, Risiken zu mindern oder zu reduzieren, wenn sie schon nicht verhindert werden können. Absolut notwendig ist es natürlich zunächst einmal, die globalen Emissionen zu senken, um den Klimawandel nicht permanent weiterzutreiben. Gerade haben amerikanische Wissenschaftler in einer Studie davor gewarnt, dass die Ziele des Pariser Klimaabkommens von 2015 nicht erreicht werden können, wenn alle Länder so weitermachen wie bisher. Das Ziel von höchstens zwei Grad Celsius durchschnittlicher Erwärmung gilt als äußerste Grenze, um katastrophale Klimafolgen abzuwenden. Doch die Wissenschaftler warnen: Schon bei einer Erwärmung um plus 1,5 Grad Celsius bis zum Ende des Jahrhunderts steht die Menschheit vor kaum zu bewältigenden Folgen – Schmelzen der Eiskappen, Anstieg der Meeresspiegel, mehr Wetterextreme.

Deshalb müssen auch in den betroffenen Ländern Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel getroffen und finanziert werden, um besser auf die unvermeidbar eintretenden Gefahren vorbereitet zu sein. Abgesehen von dem Umstand, dass humanitäre Hilfe oft viel zu spät anläuft und dann viel zu wenig Geld für Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen zu Verfügung steht als eigentlich notwendig, ist es ebenfalls eine Herausforderung, präventive Maßnahmen zu finanzieren. Eine Klimarisikoversicherung geht von der Annahme aus, dass sich selbst durch gute Präventivmaßnahmen Klimawandel und extreme Wetterereignisse nicht verhindern lassen.

Klimarisikoversicherungen können schon nach einigen Tagen auszahlen. Das rettet Leben und Besitz und sichert Entwicklungserfolge ab. Versicherungen sind somit auch ein Beitrag zu Armutsminderung, nachhaltiger Entwicklung und damit auch zur Bekämpfung von ökonomischen Fluchtursachen.

Klimarisikoversicherungen geben den Versicherungsnehmern Sicherheit, nach einer Katastrophe auch wirklich Hilfe zu bekommen: Mit dem Abschluss einer Klimarisikoversicherung vor einer Katastrophe erwerben sie Rechtsansprüche auf den Ersatz erlittener Schäden. Sie kommen aus der Rolle des Bittstellers heraus und erhalten so auch ein Stück Würde zurück. Das sichert die Existenzgrundlage vieler Menschen, die durch den Klimawandel gefährdet sind.

Versicherungen können darüber hinaus Anreize für vorbeugendes und risikominderndes Verhalten schaffen. Der Abschluss einer Versicherung erfolgt auf Basis einer systematischen und fundierten Risikobewertung, die gleichermaßen als Grundlage für die Entwicklung von Anpassungsmaßnahmen und entsprechender Katastrophenrisikovorsorge dienen kann. Durch die Umsetzung von risikomindernden Maßnahmen, wie zum Beispiel die Befestigung der Küstenlinie durch Deiche, kann die Höhe der Versicherungsprämie reduziert werden.

Die Entwicklung von Versicherungen, die durch den Klimawandel verursachte Schäden ausgleichen, gehört langfristig zu einem umfangreichen Risikomanagement. Diese Versicherungen müssen auf Mikro- und Makroebene greifen, das heißt, sie können mit Individuen (Mikro), aber auch mit Staaten (Makro) abgeschlossen werden. Beiden Gruppen eröffnet sich die Möglichkeit, relativ zügig Zugriff auf finanzielle Mittel zu erhalten.

Die Bundesregierung unterstützt diese Initiativen. Zunächst begründeten die G7-Staaten im Juni 2015 in Elmau die Initiative InsuResilience. Es ist deren Ziel, bis zum Jahr 2020 400 Millionen armen und gefährdeten Menschen in Entwicklungsländern Versicherungsschutz gegen Klimarisiken zu bieten.

Solidarität der afrikanischen Staaten

Ein bekanntes bisheriges Beispiel ist die African Risk Capacity (ARC), die im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des britischen Department for International Development gegründet wurden. Im Rahmen dieser indirekten Versicherung schließen sich afrikanische Staaten zu einem Risikopool zusammen, um sich gegen Dürren abzusichern. Eine Besonderheit der ARC liegt darin, dass jede Regierung einen Notfallplan ausarbeitet und darin im Vorhinein festlegt, wie Versicherungszahlungen im Katastrophenfall eingesetzt werden. Auf diese Weise kann der betroffenen Bevölkerung besonders schnell und gezielt geholfen werden. Die Versicherung hat nach einer Dürre bereits Millionenbeträge an die drei Versicherungsnehmer Mauretanien, Niger und Senegal ausgezahlt.

Die Welthungerhilfe ist selbst in zwei Pilotländern – Pakistan und Simbabwe – an der Entwicklung eine Einrichtung zur Finanzierung von Dürrefolgeschäden beteiligt. Das Projekt endete im Juni 2017, und der Abschlussbericht liegt noch nicht vor. An der ARC Replica, einer Makroversicherung, beteiligte sich die Welthungerhilfe in Mali an einem vom Start Network geleiteten Konsortium, um mit der Regierung von Mali den Planungsprozess für eine Notfallplanung zu organisieren.

Michael Kühn ist Referent für Politik und Außenbeziehungen bei der Welthungerhilfe in Bonn.

KLIMA UND HUNGER

Sieben Prinzipien gegen die Armut

Die Klimaversicherungsinitiative MCII wurde im Vorfeld der UN-Klimakonferenz COP 23 als ein Leuchtturmprojekt ausgezeichnet

Der Klimawandel konfrontiert vor allem Entwicklungsländer mit dem erhöhten Risiko von Extremwetterereignissen. Klimarisikoversicherungen können helfen, die Risiken zu managen – doch nur, wenn sie auf sieben armutsorientierten Prinzipien basieren. Das ermittelte die Munich Climate Insurance Initiative (MCII) bei der Analyse von 18 Versicherungsprodukten in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Von Laura Schäfer und Sönke Kreft

Die nachfolgenden sieben Prinzipien sind nach Analyse der MCII für Erfolg und Akzeptanz von Versicherungsprogrammen, die auch den Bedürfnissen der Ärmsten entsprechen sollen, unerlässlich.

PRINZIP #1

Bedarfsgerechte Gesamtlösungen

Die Versicherungsprogramme müssen in umfassende Risikomanagementstrategien eingebettet werden, die die Widerstandsfähigkeit der Menschen gegen Extremwetterereignisse verbessern und auf lokale Bedürfnisse und Bedingungen zugeschnitten sind. Die R4 Rural Resilience Initiative (R4), eine gemeinsame Versicherungsinitiative von Oxfam America und dem Welternährungsprogramm, erreicht derzeit über 43 000 Landwirte in fünf afrikanischen Staaten (Äthiopien, Senegal, Malawi, Sambia und Simbabwe) mit vier integrierten Risikomanagementstrategien: Risikotransfer, Risikominderung, umsichtige Risikoübernahme sowie Risikoreserven. Eingebettet in ein nationales soziales Sicherheitsnetz schützt eine Wetterindexversicherung gegen Dürre. Die Prämien können die Landwirte in bar oder durch Arbeit in Maßnahmen zur Risikominderung bezahlen. Durch Einzel- oder Gruppensparen können die Landwirte eine finanzielle Basis aufbauen und sich in Notfällen gegenseitig unterstützen.

PRINZIP #2

Mehrwert für die Kunden

Gefragt ist ein zuverlässiger Versicherungsschutz, der kritische Risiken abdeckt und das Basisrisiko, also die Diskrepanz zwischen Versicherungsauszahlung und entstandenem Schaden bei Indexprodukten, aktiv reduziert. Dazu können Produkte mit zusätzlichen Leistungen, die den Kundenbedürfnissen entsprechen, wie Kredite oder Saatgut, kombiniert werden. So deckt die Sanasa-Ernteausfallversicherung in Sri Lanka gleichzeitig auch Risiken wie Unfalltod und Krankenhausaufenthalt ab und bietet so Schutz gegen Produktions- und Existenzrisiken. Wichtig ist auch die aktive Reduktion des Basisrisikos.

PRINZIP #3

Bezahlbarkeit

Die Finanzierung einer risikobasierten Prämie bleibt für arme, verwundbare Menschen in Entwicklungsländern eine der größten Herausforderungen. Maßnahmen, die die Bezahlbarkeit von Produkten erhöhen, sind für den Erfolg von Versicherungssystemen entscheidend und die Voraussetzung für die Schaffung solidarischer, menschenrechtsorientierter und klimagerechter Produkte. Prämienunterstützung sollte immer intelligent gestaltet werden – dazu muss sie zuverlässig, flexibel und langfristig sein, Anreize zur Risikoreduktion so wenig wie möglich verzerren und dem Kunden die wahren Risikokosten bewusst machen. Auch können Versicherungsprodukte mit anderen Arten der Grundabsicherung verknüpft werden.

PRINZIP #4

Zugänglichkeit

Versicherungsprodukte sind langfristig nur mit entsprechend großem Kundenstamm erfolgreich und finanziell tragbar. Effektive und kosteneffiziente Vertriebswege, die eine große Reichweite des Produktes unter den Herausforderungen von Entwicklungsländern gewährleisten, sind dazu zentral. Oft ist es besonders effektiv, auf natürliche Aggregatoren wie Verbände, Genossenschaften, Spargruppen oder nationale Sozialschutzprogramme mit etablierten, vertrauenswürdigen und dem lokalen Kontext angepassten Vertriebsmechanismen zu bauen. Die Nutzung innovativer Technologien kann helfen, die Zielgruppen zu erreichen. So ermöglicht ein handybasiertes System zum Geldtransfer bei der Agrarversicherung ACRE Africa, Bauern kostengünstig zu erreichen, die kein eigenes Bankkonto haben und in abgelegenen Orten leben. Über das System können sowohl der Kauf von Policen wie die Auszahlung von Prämien abgewickelt werden.

PRINZIP #5

Teilhabe, Transparenz und Rechenschaftspflicht

Für den Erfolg von Versicherungsprodukten sind Vertrauen und Eigenverantwortung der Zielgruppen unerlässlich. Das setzt voraus, die potenziell Begünstigten sowie relevante lokale Akteure in die Entwicklung, Implementierung und Überprüfung der Produkte effektiv einzubeziehen und vor allem die Beteiligung von Frauen sicherzustellen. Im Fall von R4 konnten Bauern in kommunalen Kleingruppen ihre Bedürfnisse und Herausforderungen beim Managen von Klimarisiken artikulieren. Diese Informationen wurden aktiv in die Konzeption der Versicherungsverträge und des Indexes einbezogen. Versicherungssysteme müssen transparent gestaltet sein. Ein wirksames Monitoring- und Evaluierungssystem kann sicherstellen, dass die Produkte tatsächlich arme und verwundbare Menschen erreichen und ihren Bedürfnissen entsprechen.

PRINZIP #6

Nachhaltigkeit

Die Sicherung der finanziellen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit ist entscheidend für den langfristigen Erfolg von Versicherungsprodukten. Sie dürfen keine Anreize für umweltschädigende Praktiken oder andere Fehlanreize schaffen. Ein Beispiel ist das US-Flutversicherungsprogramm, das mit seinen subventioniert niedrigen Versicherungsprämien die Bebauung von ökologisch sensiblen und überschwemmungsgefährdeten Flächen antrieb. Preissignale in den Versicherungsprämien sollten stattdessen Anreize zur Risikominderung und -verhinderung schaffen.

PRINZIP #7

Fördernde Rahmenbedingungen

Zu den Schlüsselfaktoren erfolgreicher Versicherungsprodukte gehört erstens der Aufbau von Finanz- und Versicherungskompetenz sowie des Risikobewusstseins der Versicherten und der lokalen Versicherer, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen. Zweitens müssen funktionierende regulatorische und rechtliche Rahmenbedingungen einen Markt für Versicherungen schaffen. Drittens sind starke und langfristige Partnerschaften, insbesondere öffentlich-private Partnerschaften, wichtig. Die Viehversicherung IBLIP in der Mongolei schützt Hirten vor klimabedingten Schäden an ihrem Vieh. Dabei wird eine private Versicherung mit einem öffentlichen sozialen Sicherheitsnetz kombiniert. Die Hirten tragen nur die Kosten für geringe Schäden – größere Verluste werden von der privaten Versicherungswirtschaft und große Katastrophenschäden von der Regierung der Mongolei getragen. Zu den fördernden Rahmenbedingungen gehören viertens frei zugängliche Wetter- und Schadensdaten sowie die Infrastruktur zur Gefahren- und Wetterüberwachung.

Laura Schäfer ist Projektmanagerin, Sönke Kreft ist Geschäftsführer bei der MCII.

© Grossmann/Welthungerhilfe

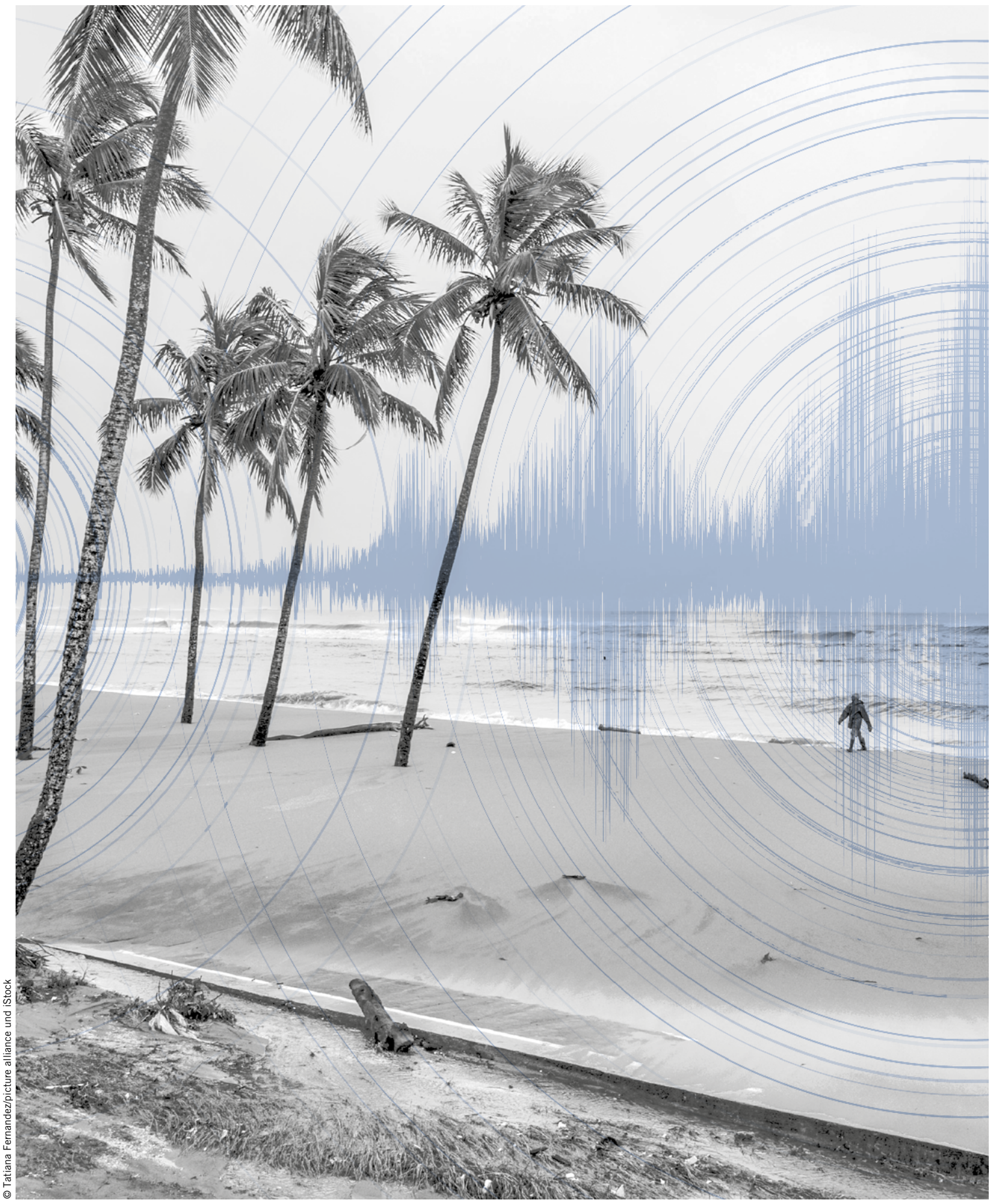
GERÜSTET: *Die R4 Rural Resilience Initiative erreicht Kleinbauern in fünf afrikanischen Ländern, unter anderem in Simbabwe. Hier: eine Frau aus Nkayi in der Region Matabeleland.*

WISSENSWERTES

Die MCII

Die gemeinnützige Initiative Munich Climate Insurance Initiative (MCII) wurde im April 2005 von Vertretern der Versicherungswirtschaft, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen gegründet, um armen Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern, die durch den Klimawandel besonders gefährdet sind, Versicherungslösungen anzubieten. Die Initiative ist beim Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Vereinten Nationen (UN) angesiedelt und wurde im Vorfeld der diesjährigen UN-Klimakonferenz vom 6. bis 17. November in Bonn als eines von 19 Leuchtturmprojekten mit dem renommierten Momentum for Change Award 2017 ausgezeichnet. *bru*

Weitere Informationen unter:
www.climate-insurance.org



© Tatiana Fernandez/picture alliance und iStock

ANGST VOR DER NATURGEWALT: *Frühwarnsysteme für Tsunamis sollen gefährdete Küstenbewohner schützen.*

An einem Strang ziehen

Emily Montier über das Verhältnis von humanitärer Hilfe und den Akteuren aus der Risikofinanzierung

INTERVIEW

© privat

Emily Montier *arbeitet für das Start Network mit Sitz in London. Sie leitet ein kleines Team, das gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen neue Lösungen zur Risikofinanzierung entwickelt und erprobt, um bessere humanitäre Hilfe zu leisten.*

WELTERNÄHRUNG: Frau Montier, Sie arbeiten für das britische Start Network, ein internationales Netzwerk von 42 großen und kleinen Hilfsorganisationen. Wie würden Sie aus Ihrer Erfahrung das Verhältnis zwischen humanitärer Hilfe und den neuen Akteuren in der Entwicklungszusammenarbeit aus der Risikofinanzierung beschreiben?

Emily Montier: Was mich am meisten erstaunt, ist, dass bei den Akteuren der Risikofinanzierung, also vor allem der Versicherungs- und Bankenbranche, die internationale humanitäre Hilfe vor allem mit Fehlschlägen in Verbindung gebracht wird. Dahinter steckt wohl die Überlegung, dass viele Regierungen ein falsches Risikomanagement betreiben. Sie planen nicht vorausschauend, stellen sich nicht ex ante auf Risiken ein. Im Fall einer Katastrophe sind sie dann von der internationalen humanitären Hilfe abhängig – und diese kommt dann erst reaktiv, also erst als Folge der Krise und damit langsam und oft spät. Für mich, die ich für ein internationales Netzwerk von humanitär arbeitenden Nichtregierungsorganisationen arbeite, ist es ein wenig unangenehm, so etwas zu hören. Aber stimmt es auch? Ich würde argumentieren: Nein! Vielmehr müssen wir die internationale humanitäre Hilfe als einen wichtigen Teil der Strategien im Klima-Risikomanagement betrachten.

Warum ist humanitäre Hilfe ein Teil des Risikomanagements?

Nicht alle Regierungen sind derzeit in der Lage, die Risiken ihrer Länder zu managen. Es ist beeindruckend und ermutigend, dass Regierungen wie die des Senegals, von Mali, Niger und Mauretanien ihre Beiträge in den vergangenen Jahren selbst gezahlt haben, um Versicherungen wie der African Risk Capacity, der ARC, beizutreten. Die Versicherungen decken zwar die wichtigsten, aber eben nur einen kleinen Teil der Bedürfnisse der Länder ab. Und es gibt viele Regierungen, die der ARC beitreten wollen, aber es sich nicht leisten können.

Außerdem sind viele Länder abhängig von den 26 Milliarden US-Dollar internationaler Hilfsgelder, die weltweit eingesetzt werden, um die Menschen auf der Welt zu unterstützen, die von Krisen betroffen sind. Dabei fließt das meiste Geld nicht als direkte Hilfe an Regierungen, sondern kommt über die Vereinten Nationen, Nichtregierungsorganisationen, den Privatsektor oder andere humanitäre Organisationen den Menschen zugute. Direkte Unterstützung von Staaten ist ein wichtiges Werkzeug der humanitären Hilfe, aber es ist unrealistisch, anzunehmen, dass schwache Regierungen die Unterstützung einer Not leidenden Bevölkerung allein leisten können. In vielen Teilen der Welt, insbesondere in fragilen Staaten wie Somalia, dem Südsudan oder dem Jemen sind die Verantwortlichen einfach überfordert von der Vielzahl der Aufgaben. Die Komplexität heutiger Krisen braucht verschiedene Akteure, die zusammenarbeiten, um beides zu erreichen: die Bedürfnisse der Menschen erfüllen und Risiken minimieren.

Was kann die humanitäre Hilfe von der Risikofinanzierung lernen?

Zunächst einmal: Nicht jede internationale humanitäre Hilfe muss ex post, spät und langsam sein. Die Prinzipien der Risikofinanzierung können und sollten auch auf die internationale humanitäre Hilfe angewendet werden. Dazu gehören die Modellierung und das Verstehen von Risiken, klare Pläne, um auf diese Risiken zu reagieren, und die Bereitstellung von Geldern und Fonds, damit sie sofort eingesetzt werden können, wenn sie gebraucht werden. Organisationen wie das Welternährungsprogramm und das Rote Kreuz haben durch Initiativen wie Foodsecure und Forecast-based Financing gezeigt, wie das funktionieren kann. Das Start Network arbeitet seit Jahren am Design von zwei Initiativen, die Risikofinanzierungsprinzipien und Instrumente, die nicht auf Versicherungen beschränkt sind, anwenden, um Geber und Nichtregierungsorganisationen in die Lage zu versetzen, vorausschauender und rechtzeitiger auf Dürren zu reagieren.

Sind Reformen der humanitären Hilfe notwendig?

Es gibt eine große Notwendigkeit, die Wege zu reformieren, in denen internationale humanitäre Hilfe umgesetzt wird, damit sie zeitnah, effektiv und vorausschauend agieren kann. Das 26-Milliarden-US-Dollar-System kann ein Teil der InsuResilience-Lösung werden. Dafür braucht es ein beherztes Engagement der Beteiligten in dem System – der Geber, der Vereinten Nationen, von Nichtregierungsorganisationen, Forschungseinrichtungen, dem Privatsektor und von Regierungen. Viele dieser Akteure sind ja bereits Teil der neuen Globalen Partnerschaft für Klimaversicherung und Risikofinanzierung. Die Ansätze, Werkzeuge und Ressourcen der Risikofinanzierung können also genutzt werden, um die humanitäre Hilfe zu reformieren. Dazu gehören etwa Finanzierungen, die auf bestimmte Vorhersagen reagieren. Solche bereitgehaltenen Gelder können frühzeitig für Vorsorgemaßnahmen eingesetzt werden, wenn es bestimmte Indikatoren für bevorstehende Katastrophen gibt – etwa zunehmende Bodentrockenheit und Windgeschwindigkeiten. Neben solchen Reformen müssen die Regierungen der Länder in die Lage versetzt werden, eigenständiger mit Risiken umzugehen, die ihre Bevölkerung bedrohen.

Wenn souveräne Staaten, die internationale humanitäre Hilfe und Risikofinanzierer enger zusammenarbeiten und voneinander lernen, können wir früher und schneller gemeinsam auf Krisen reagieren und die Not der Menschen schneller und kosteneffizienter lindern.

Das Interview führte Michael Kühn, Referent für Politik und Außenbeziehungen bei der Welthungerhilfe in Bonn.

WISSENSWERTES

Versicherungsallianz

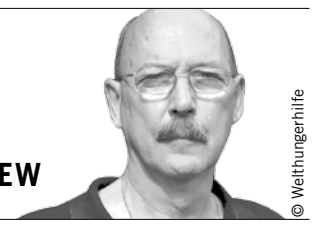
Eine neue globale Partnerschaft für Klimaversicherung und Risikofinanzierung hat sich zum Ziel gesetzt, arme und besonders gefährdete Menschen in Entwicklungsländern besser vor den Folgen von Katastrophen zu schützen. Sie baut auf der von den G7 und den G20 initiierten InsuResilience-Initiative auf, die bis 2020 zusätzlich 400 Millionen Menschen gegen Klimarisiken versichern will. Zu den Beteiligten gehören neben Regierungen, dem Privatsektor, den Vereinten Nationen und Hilfsorganisationen auch neue Akteure aus der Risikofinanzierung und der Versicherungswirtschaft. *mku*

KLIMA UND HUNGER

Auf der Route der Zyklone

Durch Klimawandel und schlechte Regierungsführung ist Haiti, eines der ärmsten Länder der Erde, von Naturereignissen besonders betroffen

INTERVIEW



© Welthungerhilfe

Georg Dörken, *stellvertretender Regionaldirektor der Welthungerhilfe für West- und Zentralafrika und die Karibik, sieht weiteren Präventivbedarf für Haiti. Der Agrarökonom war unter anderem als Landesdirektor in der Demokratischen Republik Kongo und in der Zentralafrikanischen Republik im Einsatz. Im September 2017 vertrat er den Welthungerhilfe-Landesdirektor auf Haiti, als Hurrikan Irma Kurs auf die Insel hielt und schwerste Verwüstungen für das ohnehin als Armenhaus der Karibik geltende Land befürchten ließ.*

WELTERNÄHRUNG: Herr Dörken, warum wird Haiti immer wieder von Naturkatastrophen heimgesucht?
Georg Dörken: Haiti liegt genau auf der Route der Zyklone. Die Wirbelstürme richten dort immer wieder schwere Verwüstungen an. Die Hurrikans werden stets von schweren Niederschlägen begleitet, die oft zu Überschwemmungen und Erdrutschen führen.

Den Prognosen zufolge sollte Hurrikan Irma mit großer Wucht auf Haiti treffen. Welche Vorbereitungen haben Sie getroffen?
Wir haben über zwei Anträge an das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen und einen an das Auswärtige Amt Lebensmittelrationen und Nothilfematerial wie Planen und Haushaltsgegenstände angefordert, sodass wir sehr schnell hätten Nothilfe leisten können. Zudem war ein hoch spezialisiertes, internationales Nothilfeteam der Welthungerhilfe in Alarmbereitschaft. Für diese Experten waren Flüge nach Haiti reserviert.

Auch die Mitarbeiter vor Ort waren in akuter Gefahr.
Richtig. Die Sicherheit unseres Personals hat für uns stets oberste Priorität. Sind unsere eigenen Leute nicht einsatzbereit, können sie anderen nicht helfen. In den Tagen vor Irmas erwarteter Ankunft haben wir bis zu einem Monatsgehalt an unsere Mitarbeiter ausgezahlt, damit sie sich und ihre Familien in Sicherheit bringen konnten. Wir haben alle Fahrzeuge vollgetankt und an verschiedenen Standorten stationiert und so die Chance erhöht, dass nicht alle Wagen beschädigt oder zerstört werden. Wir haben Treibstoff- und Medikamentenvorräte angelegt und die Fensterscheiben des Büros mit Klebeband abgeklebt, da umherfliegende Scherben bei Stürmen besonders gefährlich sind. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass das Wachpersonal vor Ort ist, damit Plünderer uns nicht ausrauben können. Einen Tag, bevor Irma in Haiti auf Land treffen sollte, habe ich alle Mitarbeiter nach Hause geschickt.

Im Oktober 2016 wurde der Südwesten Haitis von Hurrikan Matthew verwüstet. Damals starben rund 1000 Menschen, 2,1 Millionen wurden obdachlos. Hat Haiti aus dieser Katastrophe gelernt?
Ja, das Frühwarnsystem ist besser geworden. Als Irma Haiti bedrohte, wurden große Teile der Bevölkerung über das Radio, das Fernsehen, per Lautsprecherdurchsagen, durch SMS- und Whatsapp-Nachrichten gewarnt. Aber viele arme Menschen in abgelegenen Regionen wurden von den Warnungen nicht erreicht. Sie wussten nicht, dass sie sich in sichere Schutzräume begeben sollten.

Gibt es denn ausreichend Schutzräume?
Nein. Die meisten Menschen leben in Hütten aus Holz, Wellblech und Planen. Ein Hurrikan würde sie einfach wegblasen. Als Schutzräume gelten massive, aus Stein errichtete Gebäude wie Schulen. Aber selbst die würden einem heftigen Sturm wohl nicht standhalten. Außerdem gibt es viel zu wenige solcher Steinhäuser. Zudem fehlen für den Katastrophenfall Lebensmittel-, Trinkwasser-, Medikamenten- und Baumaterialvorräte.

In der vergangenen Hurrikansaison gab es besonders viele und besonders heftige Stürme in der Karibik. Welche Rolle spielt der Klimawandel?
Ich war vier Wochen in Haiti. Allein in dieser Zeit zogen drei schwere Stürme knapp an Haiti vorbei. Die meisten Wissenschaftler gehen davon aus, dass der Klimawandel dazu führt, dass es immer mehr und immer heftigere Stürme in der Karibik gibt. Irma war der heftigste Hurrikan aller Zeiten – das amerikanische National Hurricane Center musste eine neue Warnfarbe einführen: Violett! Es kann gut sein, dass es solche Stürme häufiger geben wird.

Richtet der Klimawandel noch mehr an?
Der früher verlässliche Wechsel zwischen Trocken- und Regenzeit gerät immer mehr durcheinander – mit fatalen Auswirkungen für die Landwirtschaft. In Haiti lebt der größte Teil der Bevölkerung von der Landwirtschaft, und die Bauern wissen jetzt nicht mehr, wann sie aussäen müssen. Zudem zerstört Starkregen immer öfter die Ernte. Das ist besonders dramatisch, wenn Niederschläge mehrjährige Kulturen wie Bananen zerstören. Dann erzielen die Bauern sehr lange gar keine Erträge. So kann der Klimawandel Hunger und Armut verstärken. Auch wenn das arme Haiti mit seinen geringen Emissionen kaum zum globalen Anstieg der Temperaturen beiträgt, leidet es besonders stark unter seinen Auswirkungen und hat kaum Kapazitäten, sich dem wandelnden Klima anzupassen.

Woran liegt es, dass Haiti unter Naturkatastrophen meist heftiger leidet als seine Nachbarn?
Haiti wird seit Jahrzehnten schlecht regiert. Im Land kämpfen fünf Klans um die Macht. Die Dominikanische Republik und Haiti liegen auf gleicher Höhe, doch in der Dominikanischen Republik haben Naturkatastrophen nie so schwerwiegende Folgen. Denn das Land verfügt über funktionierende staatliche Institutionen und konnte seit den 1960er-Jahren eine florierende Tourismusindustrie aufbauen, von der die Bevölkerung profitiert.

Vor acht Jahren wurde Haiti von einem verheerenden Erdbeben erschüttert. Rund 300 000 Menschen starben. Die Regierung war vom Wiederaufbau völlig überfordert. Hat der Staat aus den Fehlern gelernt?
Ja. Nach dem Erdbeben strömten Hilfsorganisationen aus aller Welt nach Haiti – und alle machten irgendwo irgendwas. Die Regierung hatte überhaupt keinen Überblick und hat nicht koordiniert. So wurden Synergien nicht genutzt. Mittlerweile übernimmt das Planungsministerium die Koordination der Akteure in Haiti. Es gibt jetzt gute Pläne für die Katastrophenvorsorge und den Wiederaufbau. Zumindest auf dem Papier.

Entlassen die Welthungerhilfe und andere humanitäre Organisationen den Staat nicht aus der Verantwortung, indem sie Aufgaben übernehmen, die eigentlich dem Staat obliegen?
Solange der Staat noch nicht in der Lage ist, für seine Bevölkerung zu sorgen, sind wir in der Pflicht. Aber wir unterstützen den Staat, damit er immer mehr dieser Aufgaben selbst übernehmen kann.

Das Interview führte Philipp Hedemann, freier Journalist in Berlin.

EIN BISSCHEN GEBORGENHEIT: *Zwei Mädchen in Les Cayes auf Haiti, kurz nachdem der Hurrikan Matthew Anfang Oktober 2016 das Land heimgesucht hatte.*

© Dieu Nalio Chery/picture alliance

© Philipp Hedemann

AUFBAUARBEIT: *Welthungerhilfe-Projektleiter Joseph Edner (vorn) mit Arbeitern, die in Petit Goâve mit einer Spezialpresse Ziegel für den hurrikan- und erdbebensicheren Wiederaufbau herstellen.*

Angst vor der nächsten Katastrophe

In Haiti leiden die Menschen noch immer unter den Folgen des Erdbebens und des Hurrikans Matthew und fürchten weitere Stürme

Erdbeben, Wirbelstürme, Überschwemmungen: Haiti wird immer wieder von Naturkatastrophen heimgesucht. Der Hurrikan Matthew hinterließ 2016 eine Spur der Verwüstung. Noch immer gibt es zu wenige Zufluchtsorte für alle Menschen. Einige besonders bedürftige Familien leben inzwischen in sicheren Steinhäusern.

Von Philipp Hedemann

An die 37 Sekunden, als in Haiti vor fast acht Jahren die Erde bebte, erinnert sich Micheline Cetoute noch mit Schrecken. »Ich war auf dem Markt, als vor mir die Kirche zusammenbrach«, erzählt die Haitianerin. Sie rannte nach Hause, um nach ihrem Mann und den drei Kindern zu schauen. »Auf dem Weg lagen überall Tote, schrien Verletzte.« Die windschiefe Hütte, in der sie mit ihrer Familie gelebt hatte, war nur noch ein Haufen Schutt. Doch ihr Mann und ihre Kinder hatten die Katastrophe unverletzt überlebt. »Wir hatten unser Leben gerettet, aber alles verloren«, erzählt Cetoute.

Das Beben hatte ein Trümmerfeld auf der Karibikinsel hinterlassen. Tausende von Gebäuden waren eingestürzt, Wasserleitungen geplatzt. Mindestens 220000 Menschen starben. Noch jahrelang hatten Hunderttausende kein festes Dach über dem Kopf. Micheline Cetoute und ihre Familie gehörten dazu. Die ersten drei Monate schliefen sie unter einer Plane, dann fünf Jahre in einer Notunterkunft. Heute profitieren sie von einem Projekt der Welthungerhilfe. 162 Familien aus dem Ort Petit Goâve, die beim Beben alles verloren hatten, erhielten Unterstützung, um einfache, aber solide Steinhäuser zu bauen. Dabei packten die Menschen selbst mit an. »Ich habe mit meiner Familie das Fundament ausgehoben«, erzählt Cetoute. »Bei unserem Haus ist viel mehr Eisen und Zement verbaut worden als bei den meisten anderen Häusern.«

Eine robuste Bauweise ist notwendig, weil Haiti häufig von Naturkatastrophen heimgesucht wird. Zuletzt versetzte der Hurrikan Irma im September 2017 die Haitianer in Angst und Schrecken. Er sollte im Norden der Insel auf Land treffen, streifte die Insel jedoch glücklicherweise nur mit seinen Ausläufern. Doch noch immer leidet Haiti unter den Folgen der Zerstörungen durch Hurrikan Matthew, bei dem 2016 rund 1000 Menschen starben.

Der Tagelöhner Fabien Legype hat diesen Sturm in seiner einfachen Hütte aus Holz, Lehm und Blech mit seiner sechs Monate alten Tochter und seiner Frau überlebt. Jetzt geht er wieder seiner Arbeit nach – fertigt Steine an, die für den Bau solider Häuser gebraucht werden. »Diese Steine können Leben retten«, sagt der Tagelöhner. Der Schweiß läuft ihm in Strömen über das Gesicht, als er Sand und Zement mischt, um daraus Ziegel herzustellen. »Die Steine sind gut, aber sie sind auch teuer«, sagt der ungelernte Arbeiter. Ein Ziegel kostet umgerechnet rund 45 Eurocent. Der 28-Jährige verdient noch nicht genug Geld, um sich die Ziegel für ein Haus leisten zu können.

Neue Häuser sind sicherer

Die Steine, die er anfertigt, machen das Leben der Menschen sicherer – auch das von Micheline Cetoute und ihrer Familie. Statiker haben berechnet, dass ihr kleines Häuschen Wirbelstürmen wie Matthew und sogar einem heftigen Erdbeben standhalten soll. Die Erfahrung bestätigt die Berechnungen. »Vor einem Jahr hat Matthew die Häuser unserer Nachbarn zerstört. Dabei waren sie auch erst nach dem Erdbeben gebaut worden. Bei uns hat nichts gewackelt«, berichtet Cetoute. Deshalb ist sie mit ihren 24 Quadratmetern zufrieden. »Es ist zwar eng, aber dafür leben wir hier, ohne uns zu fürchten.« Die Menschen, die von dem Projekt der Welthungerhilfe profitieren, können heute ruhiger schlafen. Viele Haitianer hingegen haben ein Jahr nach Wirbelsturm Matthew und sieben Jahre nach dem Erdbeben weiter Angst. »Oft wurden die Häuser nur notdürftig repariert oder in schlechter Qualität neu gebaut. Einem erneuten Beben oder einem starken Hurrikan würden viele nicht standhalten«, sagt ein Architekt, der sieben Jahre für verschiedene Hilfsorganisationen in Haiti gearbeitet hat, aber anonym bleiben will.

Ohne internationale Hilfe wären in dem Land, das auf dem Entwicklungsindex der Vereinten Nationen den 163. von 188 Plätzen belegt, nach dem Erdbeben und Hurrikan Matthew wohl noch mehr Menschen gestorben. Doch beim Wiederaufbau wurden Fehler gemacht – auch von den ausländischen Helfern. »Das Erdbeben war eine Katastrophe. Die Reaktion auf das Beben war die nächste Katastrophe. Der Staat war unvorbereitet und handlungsunfähig«, sagt Gabriel Frederic, Programmkoordinator der Welthungerhilfe in Haiti. Überstürzt ins Land strömende Hilfsorganisationen füllten das Vakuum, das der Staat hinterlassen hatte, und arbeiteten oft völlig unkoordiniert nebeneinander her.

Mittlerweile ist der Staat besser auf Katastrophen vorbereitet. So warnen neu geschaffene Katastrophenschutzkomitees die Bevölkerung bei drohender Gefahr. Doch noch immer gibt es viel zu wenige sichere Zufluchtsorte. »Die Zivilgesellschaft muss von der Regierung endlich einfordern, dass sie mehr zum Schutz der eigenen Bevölkerung tut«, regt Gabriel Frederic sich auf. Doch in einem Land, in dem ständig politischer Ausnahmezustand herrscht, Korruption allgegenwärtig ist und kleptokratische Politiker sich oft lediglich um ihr eigenes Wohl kümmern, wird viel versprochen und wenig gehalten. Darüber klagt auch der Tagelöhner Fabien Legype während einer Pause an seiner Steinpresse: »Nach dem Erdbeben und nach Matthew sind hier ein paar Leute von der Regierung aufgetaucht. Sie haben schöne Reden geschwungen, aber danach ist nichts passiert.«

Philipp Hedemann ist freier Journalist und lebt in Berlin.

ZAHLEN UND FAKTEN

Der Hurrikan Matthew traf in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 2016 mit bis zu 230 Stundenkilometern auf den Karibikstaat Haiti. Mehr als 1000 Menschen starben,

750 000

benötigten humanitäre Hilfe. Vor allem im Süden des Landes wurden Felder, Ernten und Häuser zerstört. Insgesamt waren

2,1 Mio.

Menschen vom Sturm betroffen.

Die Regierung ordnete eine dreitägige Staatstrauer an. Seit Hurrikan Cleo im Jahr

1964

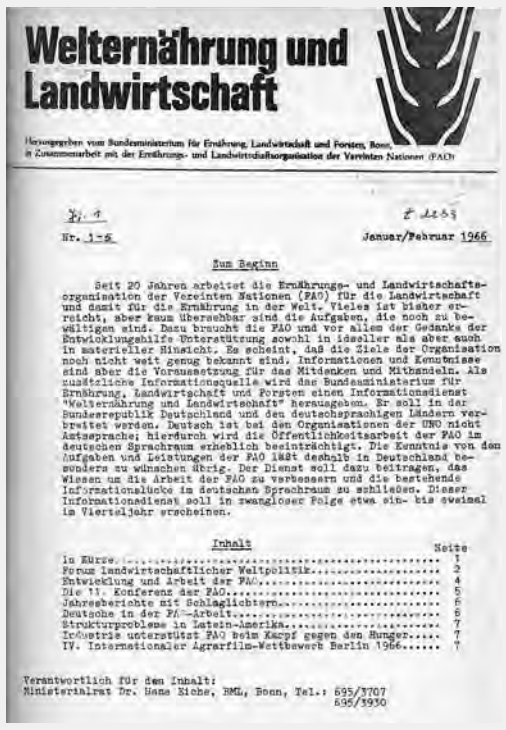
gilt Hurrikan Matthew als der stärkste tropische Wirbelsturm, der direkt auf den Inselstaat getroffen ist.

Das Erdbeben vom 12. Januar 2010 dauerte 37 Sekunden, hatte eine Stärke von 7,0 und forderte mindestens

220 000

Todesopfer. Das Land leidet auch heute noch unter den Folgen des Bebens. Durch die Zerstörungen verschlechterten sich die sanitären, hygienischen und medizinischen Bedingungen. *phe*

»Welternährung«: 48 Jahre voller Wissen


Welternährung und Landwirtschaft

Herausgegeben vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn, in Zusammenarbeit mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Nr. 1-6 Januar/Februar 1966

Zum Beginn

Seit 20 Jahren arbeitet die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) für die Landwirtschaft und damit für die Ernährung in der Welt. Vieles ist bisher erreicht, aber kaum übersehbar sind die Aufgaben, die noch zu bewältigen sind. Dazu braucht die FAO und vor allem der Gedanke der Entwicklungshilfe Unterstützung sowohl in ideeller als aber auch in materieller Hinsicht. Es scheint, daß die Ziele der Organisation noch nicht weit genug bekannt sind. Informationen und Kenntnisse sind aber die Voraussetzung für das Mitdenken und Mithandeln. Als zusätzliche Informationsquelle wird das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einen Informationsdienst "Welternährung und Landwirtschaft" herausgeben. Er soll in der Bundesrepublik Deutschland und den deutschsprachigen Ländern verbreitet werden. Deutsch ist bei den Organisationen der UNO nicht Amtssprache; hierdurch wird die Öffentlichkeitsarbeit der FAO im deutschen Sprachraum erheblich beeinträchtigt. Die Kenntnis von den Aufgaben und Leistungen der FAO läßt deshalb in Deutschland besonders zu wünschen übrig. Der Dienst soll dazu beitragen, das Wissen um die Arbeit der FAO zu verbessern und die bestehende Informationslücke im deutschen Sprachraum zu schließen. Dieser Informationsdienst soll in zwangloser Folge etwa ein- bis zweimal im Vierteljahr erscheinen.

Inhalt Seite

In Kürze 1
Forum landwirtschaftlicher Weltpolitik 2
Entwicklung und Arbeit der FAO 4
Die 11. Konferenz der FAO 5
Jahresberichte mit Schlaglichtern 6
Deutsche in der FAO-Arbeit 6
Strukturprobleme in Latein-Amerika 7
Industrie unterstützt FAO beim Kampf gegen den Hunger 7
IV. Internationaler Agrarfilm-Wettbewerb Berlin 1966 7

Verantwortlich für den Inhalt:
Ministerialrat Dr. Hans Eichs, BML, Bonn, Tel.: 695/3707
695/3930

VORLÄUFER: *Die Informationsblätter »Welternährung und Landwirtschaft« von 1966.*

Welternährung

1-69

20. Januar 1969

IN DIESER NUMMER: Seite

NACHRICHTEN
FAO-Personalien 1
Weltbildungskonferenz 1
Welternährungskongress 1
Fleischmarkt-Beratung 2
EWG-Marktinterventionen 2
US-Auslandshilfe 3
Handelsdüngerboom 3
Düngertests 4
Weltfischfangrekord 4
Überschüsse in der Dritten Welt 4
Agrarerzeugung 1968 5
Agrarprognosen der OECD 5
Bundespräsident Lübke zum Welternährungsproblem 6

MEINUNG
Können wir den Hunger in der Welt besiegen? von Dr. Renate Kartenklis 7

FEATURE
"CERES" 11

DOKUMENT
Neue Wege in der Nahrungsmittelproduktion 12

nachricht
meinung
feature
dokument

Für die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO

ERSTAUSGABE: *Ab 1969 wurden 18 Seiten im DIN-A4-Format zusammengeheftet.*

Z 20992 E

WE

11/12-70

DM 0,50

WELTERNÄHRUNG

Mit Schwung in das „Zweite Entwicklungs-Jahrzehnt" .....

DIE ERSTEN JAHRE: *Die »Welternährung« bringt Lesern und Spendern die Welthungerhilfe nahe.*

WELTERNÄHRUNG

Zeitschrift für die Freunde und Förderer der Deutschen Welthungerhilfe Ausgabe II/86, September 1986

Aktion: Ausbildung heute ist Entwicklung von morgen. Seite 2

Reportage: Wenn die 38-Tonner im Schlamm stecken bleiben S. 3

Interview: Das Land am Kilimandscharo S. 4

PRO UND KONTRA: *Wie in der Ausgabe von 1985 bezieht die »Welternährung« oft Stellung.*

Welternährung

Bleiben am Ende nur Flüchtlinge und Umweltkriege?

Kommentar

Zerbrechlich

ENGE KONTAKTE: *Viele Bundespräsidenten wurden als Schirmherren in der Zeitung erwähnt.*

Welternährung

Unsere Themen:

Wenig Zeichen der Hoffnung

© Welthungerhilfe (6)

MEHR FARBE: *Trotz Klebeumbruch wurde die Zeitung in den 1990er-Jahren immer moderner.*

Seit einem halben Jahrhundert ist Wissenswertes der Welthungerhilfe auf Papier zu lesen. Aus Informationsblättern, die auf der Schreibmaschine erstellt wurden, hat sich die »Welternährung« zu einer modernen, anerkannten Zeitung entwickelt, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern über die Jahre auch viele Auszeichnungen erhielt.

Von Michael Ruffert

Es war ein Präsident des Deutschen Bauernverbandes, der dazu beitrug, dass die »Welternährung« ihre erste Bewährungsprobe bestand. Er musste nämlich, so erinnert sich der erste und langjährige Generalsekretär der Welthungerhilfe, Bernd Dreesmann, zur Erntedankwoche im Oktober 1969 eine Rede halten und fragte beim damals noch kleinen Team der Welthungerhilfe nach, ob es zum Thema Hunger und Unterernährung in der Welt »nicht etwas Gedrucktes« gebe. »Da konnten wir ihm die ›Welternährung‹ überreichen, die damals noch ein kleines DIN-A4-Heft aus gedruckten Schreibmaschinenseiten war«, berichtet Dreesmann. Für die Erstausgabe wurden mit Deckblatt insgesamt 18 Seiten zusammengeheftet. Wer heute darin blättert, entdeckt Themen, die auch im 21. Jahrhundert immer wieder auf der Tagesordnung der Weltpolitik stehen: Da ging es um Tagungen der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO, den nächsten Welternährungskongress, Meldungen über US-Nahrungsmittelhilfe, die Produktion von Düngemitteln und das Rekordergebnis beim Weltfischfang im Jahr 1967.

Aber auch die entwicklungspolitische Debatte spielte bereits eine Rolle. Die »Welternährung« druckte die Aussagen des damaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke in seiner Ansprache zum Jahreswechsel zum »Welternährungsproblem« nach. Darin warnte Lübke unter Berufung auf Wissenschaftler vor einer Hungerkatastrophe in den Entwicklungsländern – und warb entschieden dafür, diese Länder bei der Entwicklung zu unterstützen, damit sie die benötigten Lebensmittel selbst produzieren können. Konsequent folgte auf diesen Appell in der Zeitung eine Abhandlung zum Thema »Können wir den Hunger in der Welt besiegen?«

Die kleine Organisation hatte damit ihre eigene Zeitung, die künftig viermal im Jahr erscheinen sollte. Publizistisch und entwicklungspolitisch setzte sich damit eine Entwicklung fort, die bereits 1962 begonnen hatte: Damals wurde als Teil der »Freedom from Hunger Campaign« der FAO auch in Deutschland ein »Deutscher Ausschuss für den Kampf gegen den Hunger« gegründet.

Infos für die Unterstützer

Als Vorläufer der »Welternährung« erschienen bereits ab 1966 die Informationsblätter »Welternährung und Landwirtschaft«, die der Land- und Hauswirtschaftliche Auswertungs- und Informationsdienst im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten herausgab. 1967 erhielt die Welthungerhilfe ihren Namen. Die »Welternährung« hat dann ab 1969 die Arbeit der Welthungerhilfe über die Jahrzehnte publizistisch begleitet und den Lesern und Spendern in Deutschland nahegebracht. »Für uns war es wichtig, Gruppen, die uns nahestanden und unterstützten, über die Projekte zu informieren«, berichtet Dreesmann. Das galt auch für die Kolleginnen und Kollegen vom Deutschen Entwicklungsdienst, der 1963 gegründet wurde und zu dem die Welthungerhilfe gute Beziehungen hatte.

In der Ausgabe 1972 konnte in der Zeitung bereits die erste Bilanz zehn Jahre nach Gründung des »Deutscher Ausschuss für den Kampf gegen den Hunger« gezogen werden. Zahlreiche Projekte waren von 1968 bis 1972 finanziert worden, über die jetzt kurz die »Welternährung« berichtete: darunter Dorfentwicklungsprojekte in Indien, Hilfen für Halbnomaden in Westpakistan und die Lieferung von 100 Fahrrädern für ein Landwirtschaftsprojekt in Indonesien. Von 1968 bis 1972 beliefen sich die Projektmittel in dieser Region laut »Welternährung« auf knapp 3,5 Millionen D-Mark. Schon früh publizierten auch renommierte Journalisten in der

48 Jahre lang berichtete die »Welternährung« über Projekte und entwicklungspolitische Debatten. Aus den gedruckten Schreibmaschinenseiten wurde eine Zeitung für Interessierte. Künftig wird es eine digitale Publikation geben.

SONDERAUSGABE LATEINAMERIKA: *1973 wurde ein Artikel von Klaus Natrop aus der »FAZ« nachgedruckt.*

FACELIFT: *1978 erhielt die »Welternährung« ein neues Gesicht.*

AUFRUF: *Die Leser zum Spenden zu motivieren, ist eines der Ziele der Zeitung.*

IMMER DABEI: *Wie 2002 war die »Welternährung« stets an aktuellen Debatten und Diskussionen beteiligt.*

© Welthungerhilfe (5)

DAS WICHTIGSTE ZUERST: *Seite 1 beleuchtet immer ein entwicklungspolitisches Thema, so auch 2004.*

Von der Schreibmaschine bis zur Druckwalze

Innerhalb der letzten 48 Jahre hat sich die »Welternährung« als wichtige Stimme in der entwicklungspolitischen Landschaft etabliert. Bereits von 1966 bis 1968 wurden als Vorläufer der späteren »Welternährung« die Informationsblätter »Welternährung und Landwirtschaft« vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, in Zusammenarbeit mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen herausgegeben. 1969 brachte die frisch umbenannte Welthungerhilfe zum ersten Mal die bis heute vierteljährlich erscheinende Zeitung »Welternährung« heraus. Was vor vielen Jahren als maschinengetippter Bericht begann, ist heute eine hochprofessionelle, vierfarbig gedruckte Zeitung. Bei Erstellung und Produktion wird auf sensible Kostenplanung und Umweltverträglichkeit größter Wert gelegt. So wird die »Welternährung« zum Beispiel auf chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

»Welternährung«: 1973 wurde in einer Sonderausgabe zu Lateinamerika ein Artikel von Klaus Natrop aus der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« nachgedruckt, der für mehr Akzeptanz für Entwicklungshilfe in der Bevölkerung warb, weil wir, so hieß es schon damals, in einer Welt leben, »die jeden Tag enger zusammenwächst«. Auch der damalige Entwicklungshilfeminister Erhard Eppler wurde zitiert. Er betonte, dass eine Regierung »nicht ohne oder gegen die öffentliche Meinung handeln könnte«. Auf diese entwicklungspolitische Debatte folgten wieder kurze Projektbeschreibungen: Die Welthungerhilfe unterstützte in Lateinamerika damals unter anderem eine Weinbaugenossenschaft in Bolivien, Bauerngruppen in Brasilien und die Ausbildung von Landwirtschaftstechnikern in Kolumbien.

Die Welthungerhilfe war, wie Dreesmann erklärt, zunächst die einzige Entwicklungshilfeorganisation mit Sitz in der Bundeshauptstadt Bonn. Zu den Politikern gab es daher enge Kontakte, auch zu den jeweiligen Bundespräsidenten, die immer als Schirmherren der Hilfsorganisation fungierten und oft in der »Welternährung« Erwähnung fanden. In den 1990er-Jahren gab es noch den Klebeumbruch. Mit den Jahren wurde die Zeitung optisch immer moderner. Doch manchmal hinkte man den technischen Entwicklungen etwas hinterher. Als Ulrich Post 1996 als neuer Pressesprecher bei der Welthungerhilfe anfing, war er gerade als Entwicklungshelfer aus Lesotho zurückgekehrt. »Dort gab es längst einen modernen Computerumbruch«, erinnert er sich lachend, »während wir hier die ›Welternährung‹ noch altertümlich mit Klebeumbruch herstellten.«

Doch inhaltlich war die Zeitung immer auf der Höhe der Debatte und der inhaltlichen Diskussion: Post führte ein Pro und Kontra ein, in dem renommierte Autoren und Fachleute über entwicklungspolitische Zeitfragen stritten – darunter der damalige Chefredakteur der Fachzeitschrift »Entwicklung und Zusammenarbeit«, Reinhold Thiel. Die »Welternährung« kam damit immer professioneller ihrem wichtigen Informationsauftrag nach: In Reportagen und Nachrichten wird über die Projektarbeit der Welthungerhilfe berichtet, in Analysen, Kommentaren und Stellungen werden die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen kontrovers dargestellt. In den Erstausgaben waren Fotos noch selten, heute ist die »Welternährung« spätestens nach dem Relaunch 2004 eine hochprofessionelle, vierfarbig gedruckte Zeitung im sogenannten Berliner Format (315 mal 470 Millimeter). Sie wird in einer Auflage von rund 34 000 Exemplaren kostenlos verteilt und verschickt. Möglich macht das ein jährlicher Zuschuss vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Höhe von 56 000 Euro. Die Zeitung erreicht – wie Leserbefragungen zeigen – vor allem ein kritisches, gebildetes Publikum, das Interesse an politischen Themen hat und am gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland teilnimmt.

Berichte von Augenzeugen

Ein Markenzeichen der »Welternährung« sind die authentischen Berichte aus den Partnerländern: Journalisten und Mitarbeiter sprechen mit den Menschen vor Ort, begegnen ihnen auf Augenhöhe und lassen sie ihre Geschichte erzählen. Damit werden andere Kulturen lebendig dargestellt und die Lebenssituation der lokalen Bevölkerung wird deutlich: Diese inhaltliche Tiefe wird durch eine moderne Optik mit Fotos, Grafiken, Infokästen und Abbildungen ergänzt, die Leseanreize schafft und die Lektüre erleichtert. In der immer schneller agierenden Medienwelt reagiert die Redaktion heute rasch auf aktuelle Themen. Der Aufmacher auf Seite 1 beleuchtet ein entwicklungspolitisches Thema. Es folgen aktuelle Meldungen mit Grafiken, Fotoreportagen und ein mehrseitiges Dossier zu einem (entwicklungs-)politischen Thema. Interviews mit Experten, kontroverse Kolumnen und seit Neuestem kurze Beiträge von jungen »weltwärts«-Freiwilligen runden das Bild ab. Die Zeitung hat sich längst auch dem digitalen Zeitalter gestellt: Die »Welternährung« ist auch online verfügbar, zu den Artikeln gehören weiterführende Links, wichtige Beiträge werden als Blog veröffentlicht und über Twitter und Facebook beworben.

Michael Ruffert arbeitet als freier Journalist in Frankfurt am Main und in Haltern am See.

WIR SAGEN DANKE!

#ZeroHunger bis zum Jahr 2030 können wir nur dadurch erreichen, dass alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Dazu ist nicht nur zielgerichtetes Handeln von Politik und Zivilgesellschaft erforderlich. Vor allem die vielen Impulse aus der Mitte der Gesellschaft lassen dieses Ziel realistisch erscheinen. Auch 2017 haben wieder viele Menschen auf ganz unterschiedliche Art die Welthungerhilfe unterstützt. Sie spendeten Zeit, Kreativität, Einsatz und Geld, um anderen Menschen ein Leben ohne Hunger zu ermöglichen.

Weitere Informationen unter:
www.welthungerhilfe.de/mitmachen.html

ENERGIE FÜR SIERRA LEONE

© Justfilms/Welthungerhilfe

Formel E gibt Gas für Strom

SOLARPROJEKT | Nach Bürgerkrieg und Ebola müssen Landwirtschaft und Handel in Sierra Leone wiederbelebt werden. Vor allem in ländlichen Gebieten gibt es kaum Strom. Beim Berliner Grand Prix der Formel-E-Weltmeisterschaft für Elektrofahrzeuge im Juni ging Formel-1-Star Nick Heidfeld für die Welthungerhilfe an den Start. Anzug und Helm zierten das Logo als Zeichen der Unterstützung. Heidfelds Sponsor RaceChip spendet zudem für jeden eingefahrenen Weltmeisterschaftspunkt 100 Euro. Das Geld kommt einem Solarprojekt der Welthungerhilfe in Sierra Leone zugute und sorgt damit für Strom. *chd*

LEERE FLASCHEN FÜR BURUNDI

© Desmarowitz/Welthungerhilfe

Pfand macht Kinder satt

SAMMELAKTION | Pfandflaschen bleiben bei Schülern gern mal stehen, ob aus Nachlässigkeit oder schlichtem Vergessen. Dadurch kommt innerhalb von einer Woche eine beachtliche Summe zusammen. Schülerinnen und Schüler des Stadtgymnasiums Dortmund sammelten während der Projektwoche im März leere Pfandflaschen im Wert von 423,90 Euro und spendeten das Geld einem Schulspeisungsprojekt der Welthungerhilfe in Burundi. *chd*

KUNST GEGEN HUNGER

© Christof Wolff

Unterstützung für Madagaskar

AUKTION | Ein starkes Zeichen im Kampf gegen den Hunger setzten der Düsseldorfer Freundeskreis der Welthungerhilfe, Artgate Consulting und rund 180 Gäste in der Langen Foundation in Düsseldorf. 168 550 Euro kamen durch die Versteigerung von Kunstwerken zugunsten der Projektarbeit der Welthungerhilfe in Madagaskar zusammen. Insgesamt 32 Künstler aus der ganzen Welt hatten eines ihrer Werke kostenlos zur Verfügung gestellt, darunter Thomas Ruff, Rosemarie Trockel und Sandra Vásquez de la Horra. Das höchste Gebot erzielte mit 19 000 Euro eine unbetitelte Arbeit des Bildhauers Meuser. *chd*

PARTNERSCHAFTEN

© Tawanda Hove

Die App hilft beim Verkaufen

DIGITALISIERUNG | Können digitale Lösungen bei der Abschaffung des Hungers helfen? Mit dieser Frage startete 2016 die Unterstützung der Welthungerhilfe durch die Deutsche Telekom. In einem gemeinsamen Workshop zeigten Telekom und Welthungerhilfe, wie durch Digitalisierung in den Projektländern das Leben der Menschen verändert und positiv beeinflusst werden kann. Die Telekom unterstützt zum Beispiel die App Kurima Mari, die im ländlichen Simbabwe Kleinbauern wichtige Informationen bereitstellt und sie mit Absatzmärkten verbindet. Ziel ist es, in Simbabwe die Funktionalitäten der App auszuweiten sowie die Erkenntnisse weltweit auf Projekte zu übertragen. *anb*

UNTERNEHMENSPARTNER

© Loeffelbein/Welthungerhilfe

Abwischen und Gutes tun

WASH-PROJEKTE | Das Sozialunternehmen Goldeimer ist schon länger Partner der Welthungerhilfe. Bislang bot das Unternehmen chemiefreie und nachhaltige Toiletten für Festivals an. Ein Teil der Einnahmen fließt direkt in Projekte der Welthungerhilfe zur Wasserversorgung, zum Ausbau der Sanitärinfrastruktur oder zu Hygieneschulungen (WASH). Seit diesem Jahr produziert Goldeimer auch umweltfreundliches und nachhaltiges Toilettenpapier. Wer das mit dem Blauen Engel zertifizierte Papier zum Abwischen verwendet, leistet damit einen Beitrag für bessere hygienische Bedingungen weltweit. Auch hier fließt ein Teil der Einnahmen in WASH-Projekte. *chd*

#ZEROHUNGERRUN

© David Klammer

1700 Menschen in Bewegung

LAUFEN GEGEN DEN HUNGER | 5000 und 10 000 Meter betragen die Distanzen beim #ZeroHungerRun, dem Jedermannlauf der Welthungerhilfe in den Bonner Rheinauen. Ende September gingen rund 1700 Teilnehmer auf den Rundkurs durch die Parkanlage im Süden Bonns. Mit dabei waren unter anderem der Vorstand der Welthungerhilfe Michael Hofmann (links), die Sängerin Lucy Diakovska und Schauspielerin Liz Baffoe (Mitte). Schirmherr war Bonns Oberbürgermeister Ashok Sridharan (rechts). Den Startschuss gab Liz Baffoe, bevor sie selbst mit viel Tempo loslief. Insgesamt kamen rund 41 000 Euro an Startgeldern als Spende für die Projektarbeit zusammen. *chd*

FÖRDERSTIFTUNGEN

© Welthungerhilfe

Die Wirkung im Blick behalten

KOOPERATION | Die Tereska-Stiftung unterstützt Kinder, die körperlich oder seelisch leiden, sowie deren Familien. Dabei geht es insbesondere um solche Kinder, deren Leid nicht im Fokus der Öffentlichkeit steht. Gemeinsam mit der Welthungerhilfe hat die Tereska-Stiftung in diesem Jahr Projekte in der Demokratischen Republik Kongo, in Uganda und Malawi unterstützt. In Malawi werden Kinder mit Behinderung in einem Flüchtlingslager betreut. Der Stiftung ist es wichtig, diese Projekte eng zu begleiten und so lange zu unterstützen, bis die Wirkung des Projekts sich voll entfalten kann. Mit bislang knapp 700 000 Euro hat die Tereska-Stiftung Projekte der Welthungerhilfe seit 2010 gefördert. *mas*

BALTIC LIGHTS

© Roman Babirad

Stars jagen über den Strand

SCHLITTENHUNDRENNEN | Rund 48 000 Zuschauer feuerten die Teilnehmer des Schlittenhundrennens Baltic Lights auf Usedom an. Organisiert wurde das Event vom Schauspieler und langjährigen Unterstützer der Welthungerhilfe, Till Demtrøder. Prominente aus ganz Deutschland folgten dem Ruf ihres Kollegen und kamen nach Heringsdorf. In der Einzelwertung setzte sich Birte Glang vor Anja Kling und Mariella Ahrens durch. Eine begeisternde Teamleistung erbrachten Jutta Speidel und Dieter Hallervorden und meisterten die Rennstrecke in einer beachtlichen Zeit von 21:41 Minuten. Prominente, Zuschauer und das Unternehmen Cellagon spendeten insgesamt mehr als 36 000 Euro. *chd*

LEBENSLÄUFE

© Desmarowitz/Welthungerhilfe

Unterstützung für Burundi

SCHULAKTION | LebensLäufe haben im oberpfälzischen Hemau schon Tradition. Auch 2017 liefen wieder Schülerinnen und Schüler der Grundschule, der Mittelschule und des Sonderpädagogischen Förderzentrums für ein Schulspeisungsprojekt der Welthungerhilfe in Burundi. Typische Speisen aus Burundi und eine Filmvorführung zum Projekt zogen zahlreiche Gäste an. Insgesamt wurden 6400 Euro Spenden gesammelt. Auf dieses tolle Ergebnis können die Schülerinnen und Schüler wirklich stolz sein! *chd*

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Welthungerhilfe e. V.,
Friedrich-Ebert-Straße 1, 53173 Bonn

Redaktion: Simone Pott (Leitung); Beate Schwarz, Henrike Doerr, Elke Weidenstraß (muehlhausmoers corporate communications gmbh)

V.i.S.d.P.: Simone Pott

Telefon: (0228) 2288-134
Telefax: (0228) 2288-99 134
Internet: www.welthungerhilfe.de
E-Mail: info@welthungerhilfe.de

Gestaltungskonzept: querformat editorial design, Hamburg/ Aline Hoffbauer, Ingrid Nündel

Layout: Pia Göke, Sabine Schiemann, Britta Siebert (muehlhausmoers corporate communications gmbh)

Druck: Joh. Heider Verlag GmbH, Bergisch Gladbach
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier

Bestellnummer: 460-9544

Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird nur die männliche Form verwendet. Die weibliche Form ist selbstverständlich immer miteingeschlossen. Die »Welternährung« erscheint vierteljährlich. Die Herausgabe der Zeitung wird aus Haushaltsmitteln des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft unterstützt. Namensbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Nachdruck erwünscht mit Quellenangaben und Belegexemplar. Redaktionsschluss dieser Ausgabe ist der 7. Dezember 2017.

Gefördert durch:
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages